

**Gemeinsame Hubschrauberbeschaffung
Neuer LKA-Präsident
Thüringen Ausstellung 2026**

Aus dem Inhalt

Inhalt

Editorial	
Von der Hand in den Mund statt Blick in die Glaskugel	5
 Neuer LKA-Präsident: Erfahrung aus den eigenen Reihen	
Dirk Löther übernimmt Führung des Landeskriminalamtes Thüringen	7
 Thüringer Polizei vor großen Herausforderungen	
Mit IMPULS für eine moderne Polizei.....	10
 „Sicherheit ist kein statischer Zustand,...“	
Innenminister Georg Maier zur Novellierung des Polizeiaufgabengesetzes (PAG).....	15
 Kriminalität ist 2025 zurückgegangen	
Positive Entwicklung bei Fallzahlen und Aufklärungsquote, hohes Niveau bei Gewaltkriminalität.....	17
 Wenn ein Rotor entscheidet, ob ein Einsatz fliegt	
Gemeinsame Beschaffung von Polizeihubschraubern soll Technik sichern und Zeit gewinnen	19
 Neue Mitteldistanzwaffe eingeführt	
Thüringer Polizei schließt Großprojekt erfolgreich ab.....	22
 Zwischen Datenschutz und Datendruck: KI in der Polizeiarbeit	
Wie Technik im Kampf gegen Missbrauch und Cybercrime helfen könnte	24
 Wie ermitteln wir morgen?	
Fachkonferenz im TLKA sucht Antworten auf die Kriminalität der Zukunft.....	27
 Digi...formiert: Digitale Streifenfahrt	
Streifenfahrt 2.0: Digitale Tools im Taschenformat.....	29
 Geschult, geprüft und zugegriffen	
Fortbildung „Drogen im Straßenverkehr“ verbindet Theorie und Praxis.....	33

Titelbild:
v.l.n.r. Hessens Innenminister Roman Poseck und Thüringens Innenminister Georg Maier unterzeichnen die Kooperationsvereinbarung

Mehr dazu ab Seite 19.
Foto: TMIKL

Impressum

POLIZEI IN THÜRINGEN - **PIT** -
Nachrichtenjournal der Thüringer
Polizei

Herausgeber:
Thüringer Ministerium für
Inneres, Kommunales und
Landesentwicklung
Steigerstraße 24, 99096 Erfurt

Redaktion, Satz, Fotos:
Daniel Baumbach (verantw.)
Carsten Ludwig

Telefon: (0361) 57 3313 125
E-Mail: presse@tmikl.thueringen.de
Urheber von Fotos ohne Quellennennung
ist das TMIKL

Layout, Satz:
Carsten Ludwig

Wir danken allen Beteiligten für ihre
Mitarbeit! Für den Inhalt der Beiträge sind
grundsätzlich die Verfasser verantwortlich.
Zum Teil werden die Artikel mit Hilfe von KI
erstellt bzw. redigiert. Alle Inhalte sind
urheberrechtlich geschützt. Die Vervielfälti-
gung auf Datenträgern sowie die Aufnahme
in elektronische Datenbanken bedarf der
Zustimmung des Herausgebers. Die
Redaktion behält sich vor, Beiträge und
Leserbriefe zu kürzen.
Beiträge können alle Mitarbeiter der
Thüringer Polizei einsenden und werden
mit Autorenangabe veröffentlicht.

Redaktionsschluss für die nächste
Ausgabe:

19. Juni 2026

Hinweis:
Alle QR-Codes und Links sind am Desktop
und mobilen Endgeräten anklickbar. Also
keine Scheu.

Aus dem Inhalt

19. Masterstudiengang auf Praxis-Tour in Meiningen Wie die Engineering-Woche der Thüringer Polizei Verkehrssicherheit neu denkt	35
Weniger Papier, klarere Abläufe Wie das neue „Netzwerk Geschäftsprozesse“ die Polizei entlastet.....	39
Antrittsbesuch bei der LPI Saalfeld Lob für Engagement, klare Worte zum Personal, persönlicher Eindruck und direkter Austausch	41
Verantwortung wahrnehmen - Radikalisierung erkennen Warum Sensibilität, klare Haltung und Prävention entscheidend für das Vertrauen in die Bundespolizei sind.....	43
Selbstloser Einsatz auf der A4 bei Kraftsdorf Thüringer Rettungsmedaille für Martin und Esther Künzel aus Salzgitter.....	46
Wenn Blau auf Blau trifft Wie das THW die Thüringer Polizei unterstützen kann	48
Der letzte Lauf Polizeiobermeister Christopher Grotheer beendet seine Karriere mit zwei olympischen Bronzemedailien.....	50
Mit Bus, Bahn und Musik gegen Betrug „Sicherheit im Alter“ - Thüringer Polizei setzt auf neue Wege der Seniorenprävention.....	53
Thüringer Polizei setzt erstmals auf VR-Erlebnis Großer Andrang und viel Interesse auf der Thüringen Ausstellung 2026.....	56
Gänsehaut im Landeskriminalamt Thriller trifft Realität – Krimiabend im Landeskriminalamt.....	59
Informationen aus dem Parlament Der Landtag fragt - wir antworten	64

Editorial

Von der Hand in den Mund statt Blick in die Glaskugel



Daniel Baumbach
Mediensprecher
Ministerium für Inneres, Kommunales
und Landesentwicklung

Puh. Das war wieder ein Kraftakt! einem brennenden Fahrzeug rettete. Die Eheleute sind ein wahres Beispiel für Zivilcourage, das nachwirkt.

Gefühlt habe ich noch nie so viele Texte redigiert und selbst geschrieben wie für diese Ausgabe. Vielleicht täuscht der Eindruck – vielleicht ist es aber auch einfach ein Zeichen dafür, wie viel gerade passiert. Fest steht: Unsere **PiT** ist erneut gewachsen. 64 Seiten, 21 große und zahlreiche kleinere Themen. Weglassen? Keine Option. Unser Anspruch bleibt, so aktuell, umfassend und informativ wie möglich zu berichten. Kurz: das Nachrichtenmagazin der Thüringer Polizei zu sein.

Ebenso spannend: der Blick auf den Einsatz von Künstlicher Intelligenz im Landeskriminalamt. Und natürlich stellen wir den neuen LKA-Präsidenten Dirk Löther vor. (Von hier aus nochmal herzlichen Glückwunsch!) Dazu kommen Einblicke in das Reformprojekt IMPULS und ein Interview mit Minister Maier zum Polizeiaufgabengesetz, das ja in diesem Jahr neu gemacht wird.

Und Stoff gibt es reichlich. Diese Ausgabe zeigt das einmal mehr. Auch wenn zwei potenzielle Aufmacher am Ende doch nicht zustande gekommen sind – noch unter Verschluss. Vielleicht dann in der nächsten Ausgabe Ende Juni. Dann, wenn in Erfurt einer der größten Polizeieinsätze der vergangenen Jahre bevorsteht.

Bei aller Themenvielfalt bleibt natürlich unser Anspruch derselbe: präzise, verständlich und möglichst objektiv zu berichten. Denn PiT richtet sich nicht nur an die Polizei selbst. Auch Journalistinnen und Journalisten, Bürgerinnen und Bürger sowie die Innenpolitik lesen mit – und nehmen Details durchaus genau unter die Lupe.

Ein Lieblingsstück auszuwählen, fällt mir diesmal schwer. Beeindruckt hat mich das Ersthelferpaar aus Salzgitter, das ohne zu zögern eine Frau aus Diesmal allerdings musste ich nicht in die Zukunft schauen, um Entwicklungen im Landtag vorwegzunehmen. Im Gegenteil: Der Redaktionsschluss lag längst hinter uns. Diese

Ausgabe ist buchstäblich „auf den letzten Drücker“ entstanden – parallel zur intensiven Arbeit in der Pressestelle des Innenministeriums. Das Motto passt daher besser denn je: von der Hand in den Mund.

Mein Dank gilt allen, die zu dieser Ausgabe beigetragen haben! Ohne Ihre Zuarbeit, Ihre Ideen und Ihre Verlässlichkeit wäre diese PiT so nicht möglich.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre! Und wenn Sie Anmerkungen, Kritik oder Themenvorschläge haben, melden Sie sich gern.

Ihr
Daniel Baumbach



Neuer LKA-Präsident: Erfahrung aus den eigenen Reihen

Dirk Löther übernimmt Führung des Landeskriminalamtes Thüringen

Mit einem klaren Signal für Kontinuität hat das Thüringer Kabinett Ende März die Ernennung von Dirk Löther zum Präsidenten des Landeskriminalamtes bestätigt. Kurz darauf hat Innenminister Georg Maier dem erfahrenen Polizeibeamten im Landeskriminalamt seine Ernennungsurkunde überreicht und den neuen Chef den Mitarbeitenden offiziell vorgestellt. Löther folgt auf Jens Kehr, der Ende Januar 2025 in den Ruhestand gegangen war. Es habe wie immer eines rechtssicheren Auswahlverfahrens bedurft, erklärte der Minister die längere Vakanz eines LKA-Präsidenten.

Löther setzte sich gegen zwei Mitbewerber durch. Ausschlaggebend waren seine langjährige Führungserfahrung und konstant herausragende Beurteilungen. Innenminister Georg Maier sprach in der Vorstellung im LKA von einem „Thüringer Eigengewächs“ und betonte: „Es gibt wohl wenige in den Reihen der Thüringer Polizei, die so viel Erfahrung haben. Und das ist ein ganz wesentliches Rezept für eine erfolgreiche Präsidentschaft.“

Tatsächlich kennt Dirk Löther die Thüringer Polizei aus sehr vielen Perspektiven. Seine Laufbahn begann der gebürtige Altenburger 1990 im Kreiskriminalamt Erfurt, führte ihn über Stationen im Landeskriminalamt und im Innenministerium bis in

zentrale Führungsfunktionen der Landespolizeidirektion. Dort leitete er seit 2018 die Abteilung Einsatz, zuletzt zusätzlich als Vizepräsident und Stabsleiter. Diese Mischung aus operativer Erfahrung und strategischer Verantwortung prägte sein Profil – und gab letztlich den Ausschlag.

Mit der neuen Funktion übernimmt Löther eine Schlüsselrolle. Das Landeskriminalamt ist zentrale Ermittlungsbehörde für schwere Kriminalität und zugleich Dienstleister für die gesamte Thüringer Polizei. Rund 740 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter arbeiten hier an Themen wie organisierter Kriminalität, Staatsschutz oder Cybercrime. Entsprechend hoch sind die Erwartungen.

Innenminister Maier unterstrich die Bedeutung der Behörde auch mit Blick auf die Sicherheitslage: „Thüringen ist eines der sichersten Bundesländer und wird es auch bleiben. Davon bin ich überzeugt. Das hat auch etwas mit ihrer Arbeit hier im

Haus zu tun, denn die Aufklärungsquoten steigen und bewegen sich auf einem sehr guten Niveau. Und da wollen wir bleiben, Herr Löther.“ Der Angesprochene quittierte das Schmunzeln des Ministers ebenfalls mit einem Schmunzeln.

Zugleich machte Maier deutlich, wie sehr sich das Umfeld verändert: „Dieses Grundbedürfnis nach Sicherheit treibt die Menschen um, auch die Bestrebungen, Unsicherheit zu erzeugen, Ängste zu verstärken, auch aus politischen Gründen. Dem wollen wir entgegentreten, indem wir auch messbar für Sicherheit sorgen. Dafür braucht es fähige Leute, die diesen schweren Job erledigen können – und es braucht Führung.“ Maier beschreibt Löther dabei als Führungskraft, die Nähe und Klarheit verbindet: Er habe ihn als jemanden kennengelernt, der mit den Kolleginnen und Kollegen auf Augenhöhe agiere, ohne Zweifel daran zu lassen, wer die Verantwortung trägt.

Innenminister Georg Maier (rechts) überreichte am 26.03.2026 an Dirk Löther die Ernennungsurkunde

Fotos: TMKL

Führungsstärke sei gerade in komplexen Lagen von zentraler Bedeutung.

Löther selbst geht die Aufgabe mit Demut und Respekt an, wie er sagt – und mit einem klaren Führungsverständnis. „Es bedarf einer Mitarbeiterführung, die menschlich ist, die zugleich aber auch Führung deutlich macht“, sagte er. Er sehe sich als „Erster unter Gleichen“, der auf die Expertise der Beschäftigten baut, zugleich aber Orientierung gibt und Schwerpunkte setzt. „Bei aller Technologisierung sind es die Menschen, die den Unterschied machen.“

Inhaltlich setzt der neue Präsident auf Weiterentwicklung statt Bruch. Das 35jährige LKA sei eine „Erfolgsgeschichte“, auf der er aufbauen wolle. Zugleich benannte er klare Schwerpunkte: eine weiterentwickelte kriminalpolizeiliche Auswertung trotz begrenzter Ressourcen, die Stärkung des Servicegedankens für die Polizei, einen starken Staatsschutz im eigenen Haus. „Wir müssen wissen, wo Straftaten passieren und wer dahintersteht – und daraus die richtigen Maßnahmen ableiten.“

Daniel Baumbach

Der Vizepräsident IT, Mirko Dalski, übergibt das „florale Zepter“ an den neuen Präsidenten Dirk Löther



Neues Parkhausbanner hängt am LKA-Parkhaus



Das neue Banner des Innenministeriums am Parkhaus in der Kranichfelder Straße hat schon für Nachfragen gesorgt. Zwei Monate lang werben wir hier für die Bevölkerungsschutzkampagne. Wer wissen will, was sich hinter dem merkwürdigen Bildchen mit dem ignoranten „Clado“ - wir nennen ihn liebevoll Panic Potato - verbirgt, der muss auf den QR-Code gehen und landet auf unserer Kampagnen-Webseite. Dort gibt es viel Wissenswertes zum Thema Katastrophenvorsorge.



Thüringer Polizei vor großen Herausforderungen

Mit IMPULS für eine moderne Polizei

Die Thüringer Polizei steht vor komplexen Herausforderungen und immer neuen Erscheinungsformen. Digitale Bedrohungen, veränderte Kriminalitätsformen, gesellschaftliche Entwicklungen und internationale Krisen wirken sich spürbar auf den polizeilichen Alltag aus. Um darauf gut vorbereitet zu sein, wurde das Projekt IMPULS gestartet – ein Prozess zur Organisationsentwicklung, der die Thüringer Polizei zukunftsfähig aufstellen soll.

Warum braucht es das Projekt IMPULS?

In den vergangenen Jahren haben sich die Anforderungen an die Polizeiarbeit deutlich verändert. Cyberkriminalität, hybride Bedrohungen sowie Extremismus und Terrorismus fordern neue fachliche Schwerpunkte und spezialisierte Strukturen. Gleichzeitig verändert der demografische Wandel insbesondere im ländlichen Raum die Rahmenbedingungen der Polizeiarbeit. Auch die fortschreitende Digitalisierung eröffnet neue Möglichkeiten, stellt aber zugleich hohe Anforderungen etwa an Technik, Datenschutz und Qualifikation der Bediensteten.

Ziel von IMPULS ist es, diese Entwicklungen systematisch in den Blick zu nehmen, bewährte Stärken der Thüringer Polizei – wie Bürger Nähe und Präsenz vor Ort – zu erhalten und zugleich Strukturen und Prozesse weiterzuentwickeln.

Im besonderen Fokus steht die Führungs- und Steuerungsfähigkeit. Kompetenzen und Verantwortlichkeiten sollen grundsätzlich an der Stelle verortet sein, wo auch die Aufgaben

liegen. Zentralisierung ist dann geboten, wenn dies einer effizienten Aufgabenerfüllung dienlich ist oder Spezialisierungsansätze erforderlich sind. Diese Prämissen vorangestellt, wird deutlich, worum es geht: Unbürokratische, schlanke Entscheidungsmöglichkeiten und Strukturen, um den gegenwärtigen und künftigen Aufgabenfeldern gerecht zu werden.

Der besondere IMPULS-Weg

Mit IMPULS beschreitet die Thüringer Polizei einen neuartigen Weg. Ging es bei vorhergehenden Reformansätzen vordergründig um Behördenstrukturen, stehen nunmehr zunächst Prozesse, Aufgabenzuweisungen, Standards im primären



Fotos: TMIKL/Christian Cohn



Gruppenfoto der Teilnehmenden

Fokus. Die hieraus abgeleiteten fachlichen Handlungserfordernisse dienen als Prüfkriterien, auch für strukturelle Überlegungen. Eine effiziente, digitale und nicht minder bürgernahe Polizeiarbeit, die unverbrüchlich für Recht, Gesetz und die Werte der freiheitlich demokratischen Grundordnung einsteht, ist das erklärte Zielbild von IMPULS.

Hieran arbeiten nicht allein die für das Projekt eingerichteten Strukturen. IMPULS bietet umfangreiche Beteiligungsmöglichkeiten und fordert diese etwa von Führungskräften der Polizei aktiv ein. Auf diesen besonderen Ansätzen fußen kritische Reflexionen, innovative Ideen und eine große Bereitschaft sich den Aufgaben dieser Zeit zu stellen.

Wichtige Leitplanken

Für die Projektarbeit wurden klare Rahmenbedingungen festgelegt: Die zentralen Behörden Landespolizeidirektion, Thüringer Landeskriminalamt und die polizeilichen Bildungseinrichtungen sollen auch künftig spezifische Zentralstellenfunktionen ausüben. Die Aufgabenzuweisungen, konkrete Ausgestaltung und Abgrenzungen im Rahmen der jeweiligen Zentralstellenfunktionen sind jedoch ergebnisoffener Prüfgegenstand des Projektes IMPULS.

Als gesetzt gilt weiterhin die (krimi-

nal-)polizeiliche Grundversorgung in der Fläche. Die Thüringer Polizei soll auch künftig vor Ort präsent sein und entsprechende Strukturen mit ausreichender Personalisierung insbesondere zur Erledigung schutz- und kriminalpolizeilicher Kernaufgaben vorhalten.

Wie ist das Projekt aufgebaut?

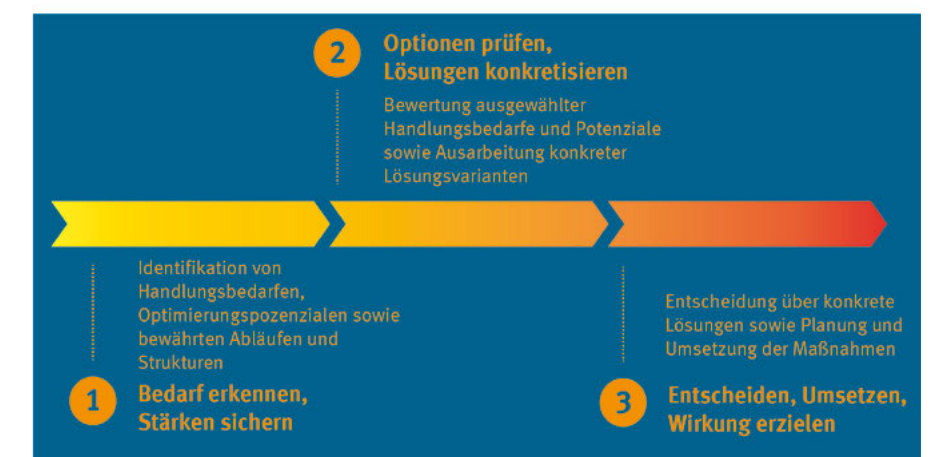
IMPULS ist als dreiphasiger Prozess angelegt. In der aktuell laufenden Phase 1 werden Handlungsbedarfe und Optimierungspotenziale identifiziert. Darauf aufbauend sollen in Phase 2 konkrete Lösungsansätze erarbeitet werden. Phase 3 dient schließlich der Umsetzung der in Phase 2 beschlossenen Veränderungen.

Gesteuert wird das Projekt durch die Lenkungsgruppe unter Vorsitz von

Staatssekretär Müller. Mitglieder der Lenkungsgruppe sind der Leiter der Abteilung 4 des TMIKL, die Präsidenten der LPD und des TLKA, der Leiter der Bildungseinrichtungen der Polizei sowie Vertreter des Hauptpersonalrates, der Hauptschwerbehindertenvertretung und der Gleichstellungsbeauftragten. Die polizeilichen Gewerkschaften und Berufsvertretungen der Thüringer Polizei werden wiederkehrend in das Projekt eingebunden.

Die operative Arbeit in Phase 1 übernimmt die IMPULS-Kommission unter Leitung von Herrn Michael Menzel, stellvertretender Abteilungsleiter 4 im Thüringer Innenministerium. Neben dem Leiter besteht die IMPULS-Kommission aus zehn Vertretern, welche alle (Funktions-)Bereiche der Thüringer Polizei repräsentieren.

PHASENMODELL DES PROJEKTES



tieren und somit ein breites Führungs- und Erfahrungswissen einbringen können. Die Kommission ist das Bearbeitungsgremium der Projektphase 1. Mit Blick auf die Ziele identifiziert, strukturiert und dokumentiert es Handlungserfordernisse und entwickelt nachvollziehbare Prüfkriterien als Bewertungsrahmen für nachfolgende Projektphasen. Lenkungsgruppe und IMPULS-Kommission haben mittlerweile knapp zehn Sitzungen absolviert. Details und Ergebnisse können jederzeit auf der umfassenden Intranetseite des Projektes eingesehen werden.



Die Lenkungsgruppe des Projekts IMPULS

Diese Themen werden derzeit bearbeitet

Die IMPULS-Kommission hat – dem Projektauftrag entsprechend – mehrere Arbeitspakete mit der fachlichen Erarbeitung eingerichtet. Die Arbeitspakete betrachten systematisch die Handlungs- und Aufgabenfelder der Thüringer Polizei.

- Arbeitspaket 1: Aufgabenportfolio der Abteilung 4 des TMIKL
Leitung: Abteilungsleiter 4, Herr Hüttemann
- Arbeitspaket 2: Einsatz und Gefahrenabwehr
Leitung: Leiter LPI Saalfeld, Herr Ltd. PD Zeh
- Arbeitspaket 3: Kriminalitätsbe-



kämpfung

Leitung: Leiter KPI Gera,
Herr KD Zimmermann

- Arbeitspaket 4: Personalmanagement/-verwaltung
Leitung: Referatsleiter 46, Herr Dr. Schmidt
- Arbeitspaket 5: Verkehrspolizeiliche Aufgaben
Leitung: Leiter ID Süd, Herr POR Schmidt
- Arbeitspaket 6: Prävention
Leitung: amt. Referatsleiter 40, Herr KD Klein

Erste Einblicke in die Themenvielfalt Das Arbeitspaket 2 „Einsatz und Gefahrenabwehr“ bezieht viele wichtige Bereiche des operativen Einsatz- und Streifendienstes mit ein. Die Arbeitsgruppe konnte zahlreichen Workshops sechs Hauptthemenfelder als besonders betrachtungswürdig herausstellen:

1. Anzeigenaufnahme
2. Operative Führungsfähigkeit
3. Personalplanung ESD
4. Einsatzmanagement
5. Informationsmanagement
6. Zusammenarbeit mit anderen Behörden

Diesen hoch priorisierten Themen-

Vorträge über die vielfältigsten Themen bereicherten den Workshop

feldern wurden knapp 76 Prozesse zugeordnet. In den weiteren Schritten gilt es, Lösungsansätze und -möglichkeiten zu den Handlungserfordernissen zu erörtern.

Das Arbeitspaket 3 „Kriminalitätsbekämpfung“ stellt einen ebenso großen und wichtigen Bereich dar, welcher von den Ermittlungsdiensten über die KPIen bis hin zum TLKA betrachtet wird. Dabei werden nicht nur Aufgaben, Strukturen, Prozesse und Zuständigkeiten unter die Lupe genommen, sondern auch Fragen der Dienst- und Fachaufsicht und notwendigen Zuständigkeitsabgrenzungen hinterfragt.

Im Rahmen mehrerer Arbeitssitzungen der Kernarbeitsgruppe erfolgte die Identifikation, Auswahl und Beschreibung der einzelnen Handlungserfordernisse, von denen am Ende 47 priorisiert wurden. Davon wurden fünf Hauptthemenfelder als besonders wichtig erachtet, die unabweisbar einer zügigen Bewertung, Entscheidung und Umsetzung zugeführt werden sollten:



Der gemeinsame Austausch stand im Vordergrund

1. Spezialisierung von Organisationseinheiten (Ressourcenmanagement)
2. Hybride Bedrohungen
3. Digitale Einsatz- und Ermittlungsunterstützung
4. Massenkriminalität
5. Harmonisierung der IT- und Verfahrenslandschaft

Beteiligung ausdrücklich erwünscht

IMPULS lebt vom Mitmachen. Ein zentrales Anliegen des Projekts ist es, möglichst viele Kolleginnen und Kollegen aktiv einzubeziehen. Dafür stehen verschiedene Beteiligungsformate zur Verfügung – unter anderem Informationsangebote im Intranet, digitale Beteiligungsmöglichkeiten und Diskussionsformate. Ziel soll es sein, durch regen Ideenaustausch möglichst viele IMPULSE einer breiten Basis aufzunehmen und im Projekt abzubilden.

Aus diesem Grund lud der Abteilungsleiter 4, Herr Frank Hüttemann, zu Führungskräfteberatungen am 18. März 2026 nach Mellingen und am 24. März 2026 nach Erfurt ein.

Hier trafen sich knapp 280 Führungskräfte der Thüringer Polizei, vom Behördenleiter über Hundertschaftsführer der Bereitschaftspolizei, Dezernatsleiter des TLKA, Vertreter vom Bildungszentrum und des Innenministeriums bis zum ESU- oder KPI-Leiter, um sich über den aktuellen Stand des Projekts zu informieren. So wurden die Ergebnisse der Arbeitspakete Einsatz und Gefahrenabwehr sowie Kriminalitätsbekämpfung in einzelnen Workshops erörtert. Weiterhin gab es Infostände des Projektbüros zum Projekt selbst, zur Gesundheitsstudie, zum Projekt ZuBeThPol (Zusammenlegung der polizeilichen Bildungseinrichtungen) und zur Nachwuchskampagne. Auch die derzeit in Bearbeitung befindlichen Arbeitspakete Personalmanagement/-verwaltung und Verkehrspolizeiliche Aufgaben sowie das Netzwerk Geschäftsprozesse der Landespolizeidirektion wurden mit einem separaten Beteiligungsformat bei der Veranstaltung bedient.

Herr Hüttemann resümierte die Veranstaltungen mit einem klaren Statement: „Was wir eigenständig umsetzen und angehen können, werden wir auch tun!“

Zuvor schilderte er seine überaus positiven Eindrücke aus den vielfältigen Tagesveranstaltungen, den zahlreichen kreativen und zukunftsorientierten Ideen für die Fortentwicklung der Thüringer Polizei.

Wie geht es weiter?

Der Abschluss der ersten Projektphase ist für das zweite Quartal 2026 vorgesehen. Auf Grundlage der Ergebnisse wird entschieden, welche Themen weiter vertieft und in konkrete Maßnahmen überführt werden.

Einigkeit besteht darin, auch Lösungsansätze für identifizierte Handlungserfordernisse zu suchen, welche keine weitere IMPULS-Relevanz haben. Somit wird sichergestellt, dass sprichwörtlich alle Impulse im gemeinsamen Interesse der Organisationsentwicklung berücksichtigt werden.

Interesse geweckt? Dann wirkt aktiv mit! ■

Christopher Machlitt
Der Polizeioberrat arbeitet im Referat 41/Strategische Steuerung.

6.–7. MAI 2026

CityCube Berlin

www.europaeischer-polizeikongress.de

#EPC26

Behörden Spiegel

„Zwischen Schutz und Strafverfolgung – Antworten der Polizei der Zukunft“

Der Europäische Polizeikongress (European Police Congress, EPC) gehört zu den Höhepunkten des Jahres der Behörden Spiegel-Gruppe. Jährlich ist die Konferenz ein Treffpunkt für etwa 1.900 Expertinnen und Experten aus mehr als 20 Ländern. Vertreterinnen und Vertreter von Politik, Grenzschutz, Geheimdiensten sowie Regierungen, Parlamenten und Industrien nehmen an der Konferenz teil. Ziel ist es, auf strategischer und operativer Ebene aktuelle Themen der Inneren Sicherheit zu diskutieren und Erfahrungen auszutauschen.

2026 steht der Kongress unter der Frage, wie Schutz der Bevölkerung und konsequente Strafverfolgung in Zeiten gesellschaftlicher Polarisierung und hybrider Bedrohungen miteinander in Einklang gebracht werden können. Im Fokus stehen dabei nachhaltige Sicherheitslösungen für den öffentlichen Raum – von Bahnhöfen über Schulen bis hin zu Großveranstaltungen. Prävention und Repression greifen ineinander: von Videoüberwachung und digitalen Frühwarnsystemen über Community Policing bis hin zu baulichen Maßnahmen und internationaler Zusammenarbeit bei grenzüberschreitender Kriminalität.

Die Polizei muss sich aktuellen Herausforderungen stellen: politische Radikalisierung, soziale Spannungen und ein wachsender Vertrauensverlust in staatliche Institutionen wirken sich unmittelbar auf die operative und strategische Arbeit aus. Nur mit politischem Commitment und gezielter taktischer Befähigung kann die Polizei handlungsfähig bleiben.

Weitere zentrale Themen des Kongresses 2026 sind die europäische Asylpolitik und der Schutz Kritischer Infrastrukturen. Steigende Migrationsbewegungen und geopolitische Spannungen erfordern eine gemeinsame europäische Strategie, die Sicherheit und Menschlichkeit miteinander vereint. Gleichzeitig geraten kritische Infrastrukturen – von Energieversorgung über Gesundheitswesen bis hin zu Verkehr und Kommunikation – zunehmend ins Visier von Cyber- und Drohnenangriffen, die nicht nur wirtschaftlichen Schaden verursachen, sondern auch die öffentliche Sicherheit gefährden.

Der Europäische Polizeikongress bietet die Gelegenheit, über Grenzen hinweg zu denken, voneinander zu lernen und die Polizei der Zukunft gemeinsam zu gestalten – mit Mut, Verantwortung und einem klaren Fokus auf Sicherheit sowie das Vertrauen unserer Gesellschaft.

Zwischen Schutz und Strafverfolgung –

Antworten der Polizei der Zukunft



ANDY GROTE

Senator der Behörde für Inneres und Sport und Vorsitzender IMK, Freie und Hansestadt Hamburg



DR. EVA HÖGL

Senatorin für Inneres und Sport, Freie Hansestadt Bremen



GEORG MAIER

Thüringer Minister für Inneres, Kommunales und Landesentwicklung



DANIELA BEHRENS

Ministerin für Inneres, Sport und Digitalisierung, Niedersachsen



THOMAS STROBL

Minister des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen, Baden-Württemberg



Behörden Spiegel

IN EIGENER SACHE

„Sicherheit ist kein statischer Zustand,...“

Innenminister Georg Maier zur Novellierung des Polizeiaufgabengesetzes (PAG)

Die Landesregierung will das Thüringer Polizeiaufgabengesetz modernisieren. Neue Befugnisse, neue Technik, neue rechtliche Leitplanken. Kritiker warnen vor einem schleichenden Ausbau staatlicher Eingriffsbefugnisse. Entsprechend scharf ging es in der ersten Lesung Anfang Februar im Thüringer Landtag zu. Innenminister Georg Maier hält dagegen – und wirbt für Maß, Kontrolle und ein Polizeirecht, das der Realität standhält.

PIT: Sie beschreiben die Sicherheitslage als angespannt. Kritiker sprechen von politischer Dramatisierung, um neue Eingriffe zu legitimieren. Überzeichnen Sie die Lage nicht?

Georg Maier: Nein. Wer die gegenwärtige Sicherheitslage nüchtern analysiert, erkennt, dass sich mehrere Bedrohungslagen überlagern und gegenseitig verstärken. Islamistischer Terrorismus, politischer Extremismus von rechts wie von links, gezielte Sabotageakte gegen kritische Infrastruktur sowie Spionageaktivitäten fremder Staaten sind keine abstrakten Szenarien, sondern reale Herausforderungen, auf die ein handlungsfähiger Staat reagieren muss. Politik darf hier nicht abwarten, sondern muss vorausschauend gestalten.

PIT: Trotzdem: Thüringen gilt als eines der sichersten Bundesländer. Warum braucht es überhaupt eine Novellierung des PAG?

Georg Maier: Weil wir dieses Sicherheitsniveau erhalten wollen. Polizeiliche Praxis verändert sich, Bedro-

„Sicherheit ist kein statischer Zustand, sondern Ergebnis kontinuierlicher Arbeit.“

hungen verändern sich und das Recht muss Schritt halten. Viele Regelungen im Thüringer Polizeiaufgabengesetz sind im Ländervergleich überholt. Unsere Polizei darf nicht dauerhaft mit rechtlichen Instrumenten arbeiten, die den aktuellen Herausforderungen nicht mehr gerecht werden.

PIT: Kritiker befürchten einen Ausbau polizeilicher Machtbefugnisse zulasten der Bürgerrechte. Wo ziehen Sie die Grenze?

Georg Maier: Die Grenze verläuft dort, wo Verhältnismäßigkeit, richterliche Kontrolle und die Rechtspre-

chung des Bundesverfassungsgerichts greifen. Genau diese Maßstäbe setzen wir konsequent um – etwa bei der Datenerhebung, beim Kernbereichsschutz oder bei verdeckten Maßnahmen. Es geht nicht um pauschale Ausweitungen, sondern um präzise formulierte, rechtssichere Befugnisse mit klaren Eingriffsschwellen.

PIT: Ein besonders sensibler Punkt ist der Einsatz intelligenter Videoüberwachung. Kritiker sprechen von flächendeckender Kontrolle des öffentlichen Raums.

Georg Maier: Diese Sorge kann ich nachvollziehen, sie trifft aber nicht den Kern dessen, was wir vorsehen. Moderne Videoüberwachung dient zunächst der Erkennung von Bewegungsmustern, nicht der permanenten Identifizierung einzelner Personen. Maßgeblicher Punkt ist: Am Ende entscheidet immer ein Mensch, nicht ein Algorithmus. Technik unterstützt, sie ersetzt nicht die polizeili-

che Verantwortung. Zudem geht es darum, Angsträume zu entschärfen und Polizei effizienter einzusetzen – gerade bei begrenzten personellen Ressourcen.

PIT: Geregelt werden soll auch der Einsatz von Distanzelektroimpulsgeräten (DEIG), landläufig als Taser bezeichnet. Warum hält die Landesregierung diese Befugnis für notwendig?

Georg Maier: Vorweg: Das DEIG ist kein neues Instrument. Sein Einsatz ist in Paragraph 59 der aktuellen PAG-Version geregelt. Wir können es also auch ohne die Novellierung einsetzen. Neu sind die Einschränkungen für die Anwendung. Der entscheidende Vorteil des DEIG liegt nicht in seiner Stärke, sondern in seiner Möglichkeit, tödliche Gewalt zu vermeiden.

In hochdynamischen Einsatzlagen, in denen unmittelbare Gefahr für Polizeibeamte oder unbeteiligte Dritte besteht, eröffnet die Elektrowaffe eine zusätzliche Handlungsoption zwischen körperlicher Gewalt und dem Einsatz der Schusswaffe. Sie kann helfen, Situationen schneller zu deeskalieren und schwere Verletzungen oder Todesfälle zu verhindern. Das haben acht Jahre DEIG-Einsatz im Einsatz- und Streifendienst in Rheinland-Pfalz gezeigt.

PIT: Kritiker warnen vor Gesundheitsrisiken und einer Normalisierung polizeilicher Gewaltmittel. Wie begegnen Sie diesen Einwänden?

Georg Maier: Diese Bedenken nehmen wir ernst. Deshalb haben wir im Gesetzentwurf die Voraussetzungen für den Einsatz von Distanzelektroimpulsgeräten deutlich präzisiert. Das DEIG ist kein Alltagsinstrument, sondern ein Mittel für besondere Gefahrenlagen. Sein Einsatz ist an klare Tatbestandsvoraussetzungen ge-

bunden, unterliegt strengen Vorgaben und erfordert eine fundierte Ausbildung. Eine „Normalisierung“ darf und wird es nicht geben. Übrigens: Die Statistik in Rheinland-Pfalz besagt null schwere Verletzungen oder gar Todesfälle nach einem DEIG-Einsatz seit 2017, also bei rund 2600 Einsätzen.

PIT: Doch gerade der Einsatz gegen psychisch erkrankte Personen gilt als problematisch. Sehen Sie hier nicht ein Risiko?

Georg Maier: Ja, das sehe ich auch und deshalb ist Zurückhaltung geboten. Der Einsatz gegen psychisch erkrankte Menschen stellt hohe Anforderungen an Lageeinschätzung, Ausbildung und Entscheidungsfähigkeit der Einsatzkräfte. Auch hier gilt: Das DEIG ist kein Ersatz für Kommunikation, Deeskalation oder psychosoziale Interventionen. Er ist eine letzte Option, wenn andere Mittel nicht greifen und akute Gefahr besteht. Diese Abwägung muss im Gesetz klar abgebildet sein – und das ist sie.

PIT: Befürworter argumentieren, das DEIG erhöhe den Schutz von Polizeibeamten und Dritten. Teilen Sie diese Einschätzung?

Georg Maier: Absolut. Gerade in unübersichtlichen Einsatzlagen, etwa bei bewaffneten oder hochaggressiven Personen, kann die Elektrowaffe dazu beitragen, Distanz zu schaffen und unmittelbare Gefahren zu entschärfen, ohne zur Schusswaffe greifen zu müssen. Damit schützt er sowohl Einsatzkräfte als auch unbeteiligte Dritte. Auch das zeigt die Statistik in Rheinland-Pfalz.

PIT: In der Diskussion ist auch die präventive elektronische Aufenthaltsüberwachung, landläufig Fußfessel genannt. Ist solch ein Sender nicht ein massiver Eingriff in Freiheitsrechte?

Georg Maier: Es ist ein Eingriff, ja, aber ein verhältnismäßiger. Gerade im Bereich häuslicher Gewalt oder bei gefährlichen Personen ermöglicht die elektronische Aufenthaltsüberwachung ein frühzeitiges Eingreifen, um Gefahren abzuwehren. Meist betrifft es Ehefrauen und Partnerinnen. Sie ist ein milderes Mittel als Polizeigewahrsam und unterliegt strenger richterlicher Kontrolle. Ziel ist der Schutz von gefährdeten Personen, nicht die Beschränkung von Freiheit.

PIT: Sie haben in Ihrer Rede im Landtag vor Überregulierung gewarnt und davor, der Polizei „Steine statt Brot“ zu geben. Was meinen Sie damit konkret?

Georg Maier: Die Polizei bekommt Steine von uns in den Weg gelegt, wenn Gesetze so komplex werden, dass sie in der Praxis kaum noch handhabbar sind. Polizeirecht muss rechtssicher sein, aber auch praxistauglich. Deshalb haben wir Rückmeldungen aus der polizeilichen Praxis und aus der Verbändeanhörung ernst genommen und den Entwurf an zentralen Stellen nachgeschärft. Ein Gesetz, das im Einsatz nicht funktioniert, hilft niemandem.

PIT: Abschließend gefragt: Was ist Ihr Leitgedanke bei dieser Reform?

Georg Maier: Sicherheit für die Menschen in Thüringen – und ein klarer, rechtsstaatlicher Rahmen für die Polizei. Mehr Sicherheit bedeutet am Ende auch mehr Freiheit. Denn Freiheit kann nur dort bestehen, wo der Staat in der Lage ist, öffentliche Sicherheit wirksam zu gewährleisten.

Das Interview führte Daniel Baumbach



Zum Parlamentsverfahren

Kriminalität ist 2025 zurückgegangen

Positive Entwicklung bei Fallzahlen und Aufklärungsquote, hohes Niveau bei Gewaltkriminalität

Die Zahl der Straftaten in Thüringen ist 2025 deutlich gesunken. Insgesamt registrierte die Polizei 145.167 Fälle – rund 11.000 weniger als 2024 (156.100). Gleichzeitig blieb die Aufklärungsquote mit 61,2 Prozent auf einem hohen Niveau (2024: 60,9%). Mehr als jede zweite Straftat konnte aufgeklärt werden. Auch bei den Tatverdächtigen zeigt sich ein stabiles Bild: Insgesamt wurden 54.123 Personen ermittelt (2024: 57.337). Rund ein Viertel von ihnen besaß keine deutsche Staatsangehörigkeit. Das geht aus der Polizeilichen Kriminalitätsstatistik (PKS) hervor, die Innenminister Georg Maier und LKA-Präsident Dirk Lötter Anfang April vorgestellt haben.

„Thüringen ist im vergangenen Jahr noch sicherer geworden. Der deutliche Rückgang der Fallzahlen zeigt, dass unsere Maßnahmen wirken. Gleichzeitig sehen wir aber, dass sich Kriminalität verändert – und darauf müssen wir reagieren“, sagte In-

nenminister Georg Maier. Der Rückgang betrifft vor allem klassische Delikte der Alltagskriminalität. Die Zahl der Wohnungseinbrüche, Diebstähle und Sachbeschädigungen ist gesunken. Damit gehen genau jene Straftaten zurück, die das Sicherheitsgefühl

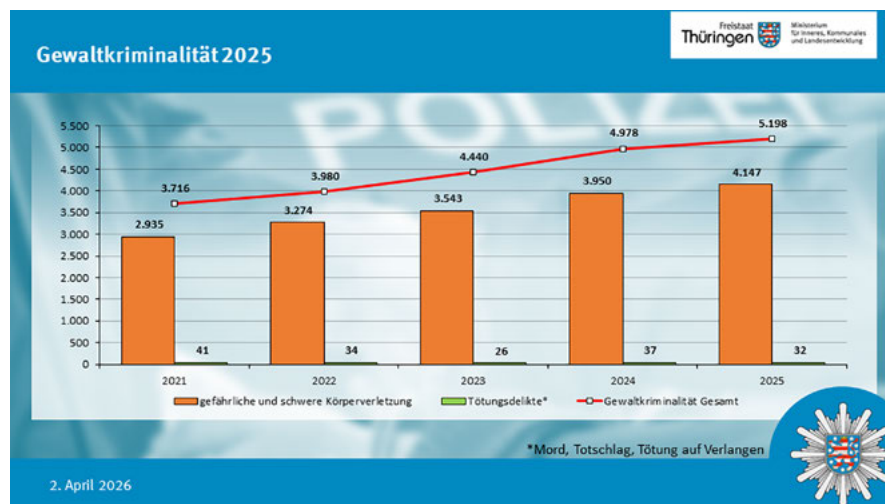
der Menschen unmittelbar beeinflussen.

Gleichzeitig treten andere Kriminalitätsbereiche in den Vordergrund. Insbesondere Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung bewegen sich weiterhin auf hohem Niveau. 3.602 Fälle wurden 2025 (2024: 3479) registriert. Dabei spielen auch das Internet und soziale Medien eine immer größere Rolle. Auch die Gewaltkriminalität ist gestiegen. Insgesamt wurden 5.198 Fälle (2024: 4978) erfasst. Viele dieser Taten entstehen aus eskalieren-

Innenminister Georg Maier und der neue Präsident des Landeskriminalamtes Thüringen, Dirk Lötter, bei der Vorstellung der aktuellen Zahlen

Foto: TMIKL





Den größten Anteil machen weiterhin Straftaten aus dem Bereich der politisch motivierten Kriminalität – rechts aus (2414), gefolgt von links motivierten Taten (759). Politisch motivierte Straftaten, die als „Sontiges“ zugeordnet werden, sind deutlich gesunken (2024: 1317; 2025: 907). Trotz des Rückgangs bleibt die PMK auf einem hohen Niveau und stellt weiterhin eine Herausforderung für Sicherheitsbehörden und Gesellschaft dar.



Innenminister Maier betont: „Kriminalität geht zurück – aber sie verschwindet nicht. Sie wird digitaler, sie wird komplexer und sie betrifft in vielen Bereichen auch jüngere Menschen. Deshalb setzen wir neben konsequenter Strafverfolgung vor allem auf Prävention und Zusammenarbeit.“ Die Thüringer Polizei wird ihre Maßnahmen entsprechend weiterentwickeln. Neben sichtbarer Präsenz und konsequenter Ermittlungsarbeit stehen insbesondere Prävention, Aufklärung und der Schutz vulnerabler Gruppen im Mittelpunkt.

Carsten Ludwig
Stv. Pressesprecher
TMIKL



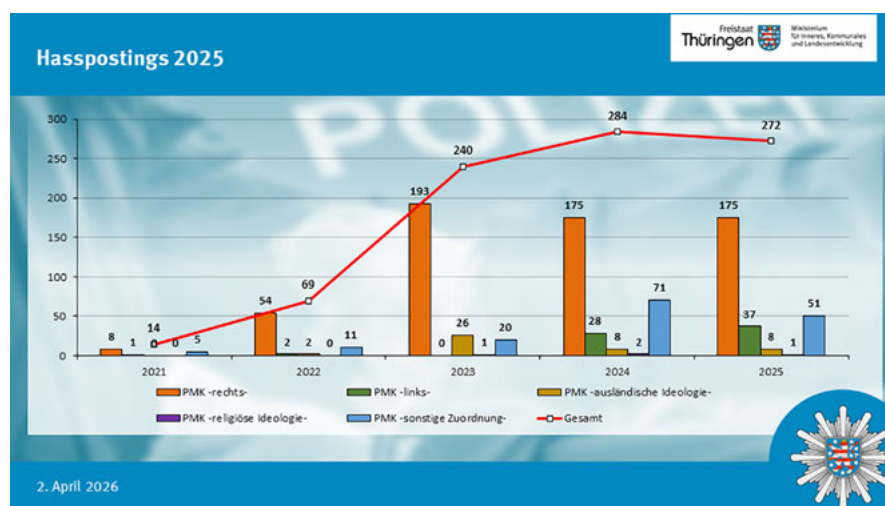
Zu den Statistiken

den Alltagssituationen und sind nur schwer vorhersehbar.

Die Statistik zeigt zudem: Kriminalität wird komplexer und verlagert sich zunehmend in den digitalen Raum. Das betrifft sowohl Betrugsdelikte als auch Formen sexualisierter Gewalt. „Der Rückgang der Gesamtkriminalität ist eine gute Nachricht. Gleichzeitig sehen wir eine klare Ver-

stieg bei neuen psychoaktiven Stoffen.

Ergänzend zur allgemeinen Kriminalitätsentwicklung ist auch die politisch motivierte Kriminalität (PMK) im Jahr 2025 zurückgegangen. Insgesamt wurden 4.205 Fälle registriert – rund 1.000 weniger als im Vorjahr (2024: 5234). Innenminister Maier: „Der Rückgang der politisch moti-



schiebung: weniger klassische Delikte, dafür sich zum Teil schnell wandelnde Modi Operandi. Das stellt neue Anforderungen an die Polizeiarbeit“, sagt LKA-Präsident Dirk Löther.

Deutlich zurückgegangen ist hingegen die Rauschgiftkriminalität. Hintergrund ist vor allem die Teillegalisierung von Cannabis. Gleichzeitig verzeichnen die Behörden einen An-

stieg der Kriminalität hängt auch damit zusammen, dass 2025 kein Superwahljahr wie 2024 war. Weniger Wahlkampf bedeutet auch weniger Angriffsflächen – etwa durch beschädigte Plakate oder Anfeindungen gegen Kandidatinnen und Kandidaten. Das erklärt einen Teil der Entwicklung, ersetzt aber nicht unsere Aufmerksamkeit für extremistische Straftaten.“

Wenn ein Rotor entscheidet, ob ein Einsatz fliegt

Gemeinsame Beschaffung von Polizeihubschraubern soll Technik sichern und Zeit gewinnen

Wenn Alexander Kummrow derzeit auf „Habicht 1“ blickt, sieht er nicht nur einen Hubschrauber in der Werft, sondern ein System an seiner Grenze. Die Maschine vom Typ Airbus EC145, Baujahr 2007, ist seit 19 Jahren zuverlässig im Einsatz. Doch nach rund 8.000 Flugstunden steht sie inzwischen für mehr als Routine in der Wartung. Aktuell zeigte sich: Schäden am Hauptrotor, am Heckrotor sogar so gravierend, dass die Welle ausgetauscht werden muss. Ein mittlerweile seltenes Bauteil, das über Einsatz oder Stillstand entscheidet.

„Wir hatten Glück, dass wir die Heckrotorwelle überhaupt noch bekommen haben“, sagt der Leiter der Thüringer Polizeihubschrauberstaffel. Der Weltmarkt für Ersatzteile dieser Generation ist ausgedünnt. 46.000 Euro kostet das Teil – und ohne diese Welle hebt kein Hubschrauber ab.

Diese Momentaufnahme ist mehr als ein Werkstattbericht. Sie erklärt, warum Thüringen und Hessen jetzt gemeinsam handeln.

Gemeinsamer Schritt nach vorn

Ende März haben die Innenminister

beider Länder bei der Polizeifliegerstaffel im hessischen Egelsbach eine Kooperationsvereinbarung unterzeichnet, um insgesamt sechs neue Polizeihubschrauber zu beschaffen, vier für Hessen und zwei für Thüringen. Ziel ist es, Kosten zu senken, Technik zu modernisieren und die

Hubschrauber-
verantwortliche
der Thüringer
Polizei gemeinsam mit dem
Innenminister
zur Unterzeichnung der
Kooperationsvereinbarung in
Egelsbach





Innenminister Maier unterzeichnet die Kooperationsvereinbarung

Einsatzfähigkeit langfristig zu sichern.

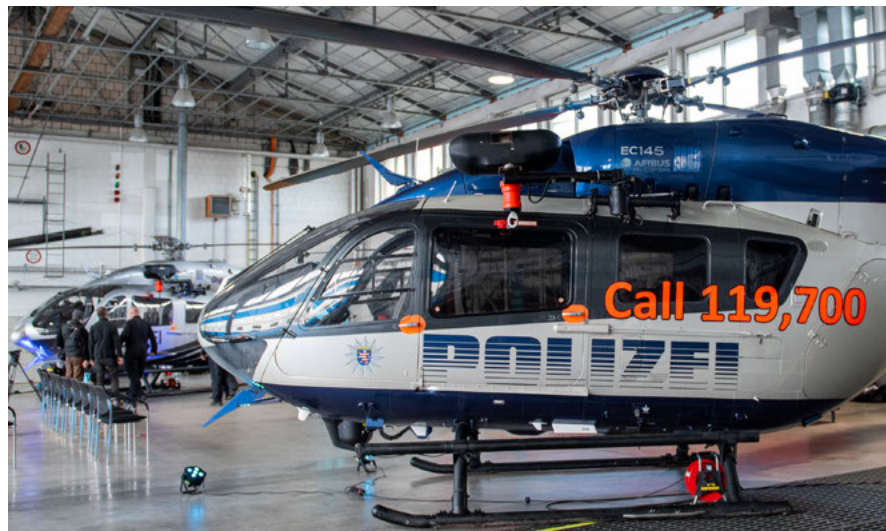
Thüringens Innenminister Georg Maier sagte: „Mit dieser Kooperation stärken wir die Sicherheit in Thüringen nachhaltig. Moderne Polizeihubschrauber sind ein unverzichtbares Einsatzmittel, ob bei der Fahndung, der Rettung aus der Luft oder im Katastrophenschutz. Gemeinsam mit Hessen beschaffen wir leistungsfähige Technik wirtschaftlicher und schneller.“

Sein hessischer Amtskollege Roman Poseck erinnerte an die Ahrtal-Katastrophe im Juli 2021: „Dort konnten 200 Menschen durch die hessische Polizei gerettet werden. Da kam es auf Schnelligkeit und Professionalität an. Das ist ein Beispiel dafür, wie wichtig diese Hubschrauber sind und wie sie Menschenleben retten können, vor allem auch in Katastrophenfällen.“

Flotte an der Belastungsgrenze

Die Ausgangslage ist ähnlich: Die Nachbarbundesländer fliegen derzeit Maschinen desselben Typs Air-

bus EC 145. In Thüringen sind sie aus den Baujahren 2007 und 2010. Beide haben sich im Einsatz bewährt – doch mit jeweils mehreren tausend Flugstunden nähern sie sich ihrer wirtschaftlichen Nutzungsgrenze.



Wartungsaufwand und Ausfallrisiken steigen, während Ersatzteile immer schwerer zu beschaffen sind. Für Kummrow ist das keine abstrakte Entwicklung, sondern Alltag. „Wenn die hessischen Kollegen dasselbe technische Problem hätten, müssten sie schauen, wo sie das Ersatzteil herbekommen“, sagt er. Hoffentlich braucht die Polizeifliegerstaffel Hessen demnächst keine Heckrotorwelle.

Gemeinsam beschaffen, besser verhandeln

Die gemeinsame Beschaffung folgt einem klaren Kalkül. Statt einzeln zu bestellen, bündeln beide Länder ihren Bedarf. Sechs Hubschrauber auf einmal – das verändert die Verhandlungsposition. „Wenn wir als kleines Bundesland nur zwei Maschinen beschaffen, ist das etwas anderes, als wenn wir gemeinsam sechs beschaffen“, sagt Kummrow. Größere Stückzahlen versprechen bessere Preise und sorgen zugleich für eine einheitliche Technik. Das erleichtert Ausbildung, Wartung und auch den länderübergreifenden Einsatz.

Die Dimension des Projekts zeigt sich auch finanziell: Für alle sechs Hubschrauber wird ein niedriger dreistelliger Millionenbetrag veran-

Der Schriftzug am hessischen Hubschrauber wirkt noch wie aus den 90er Jahren. Tatsächlich kam er aber in den Nullerjahren zu den Kollegen in Egelsbach.

schlägt. Thüringen hat für seinen Anteil bereits vorgesorgt und 45 Millionen Euro in den Haushalt eingestellt.

Dass die Preise in den letzten Jahren explodiert sind, ist leider keine Neuigkeit. „Im Vergleich zu unserer letz-

Fotos: TMIKL

ten Beschaffung vor 20 Jahren kosten die Hubschrauber heute fast das Doppelte“, so Kummrow.

Mehr können als nur fliegen

Doch das Lamentieren über Kosten nützt nichts. Einsatzfähige Polizeihubschrauber werden dringend gebraucht. Denn sie sind längst mehr als fliegende Beobachter. Sie suchen Vermisste, verfolgen Täter, transportieren Spezialeinheiten und retten Menschen aus akuter Lebensgefahr. Sie sind oft dann im Einsatz, wenn Zeit der entscheidende Faktor ist.

Die neue Generation soll dabei einen deutlichen Sprung bringen. Geplant sind Maschinen der 4-Tonnen-Klasse mit moderner Avionik, digital vernetzter Missionsausrüstung und deutlich erweiterten Einsatzmöglichkeiten. Künftig sollen Hubschrauber mehrere Aufgaben gleichzeitig übernehmen können, etwa Rettungseinsätze mit Seilwinde und paralleler Bildübertragung an Einsatzkräfte am Boden. Das spart Ressourcen und erhöht die Schlagkraft.

Ein Projekt mit langem Anlauf

Doch bis dahin ist es noch ein langer Weg. Eine weltweite Ausschreibung soll noch in diesem Jahr starten. Ab 2029 ist die Auslieferung der Hubschrauber geplant, die vollständige Indienststellung bis etwa 2030.

„Es ist eine gewaltige Arbeit, einen Hubschrauber zu beschaffen“, sagt Kummrow. Leistungsbeschreibungen, Vergabeverfahren, technische Prüfungen – all das bindet Personal und Know-how. Auch deshalb ist die Zusammenarbeit mit Hessen für ihn mehr als ein politisches Signal. Sie ist eine Entlastung im System.

Arbeitsgruppe eingerichtet

Damit die spezifischen Anforderungen der Thüringer Polizei in das unter hessischer Federführung laufende Vergabeverfahren einfließen, wurde bereits Ende vergangenen Jahres die Arbeitsgruppe „Ersatzbeschaffung Polizeihubschrauber“ eingerichtet. Geleitet wird sie von Polizeidirektor Dirk Schaefer aus dem Thüringer Innenministerium. Die Geschäftsstelle verantwortet Polizeihauptkommissar Daniel Gonschorek, der im engen, wöchentlichen Austausch mit dem Projektbüro in Hessen steht.

Insgesamt arbeiten fünf Unterarbeitsgruppen an der Vorbereitung der Beschaffung mit. Fachliche, technische, ausbildungsbezogene, vergaberechtliche und haushalterische Fragen werden parallel bearbeitet.

Getragen wird die Arbeit vor allem von erfahrenen Kräften aus der Landespolizeidirektion und dem Landeskriminalamt, unterstützt durch Spezialisten aus der Hubschrauber-

staffel und Vertreter der Spezialeinheiten.

So entsteht im Hintergrund das Fundament für eine Entscheidung, die weit über eine reine Beschaffung hinausgeht – und die Einsatzfähigkeit der Thüringer Polizei für viele Jahre prägen wird.

Der Blick zurück erklärt die Zukunft

„Habicht 1“ und „Habicht 2“ seien nach wie vor zuverlässige Maschinen, meint Kummrow. Sie hätten die Thüringer Polizei über Jahre getragen. Aber sie nähern sich einem Punkt, an dem jede Reparatur zur Existenzfrage wird. Nicht nur technisch, sondern auch wirtschaftlich.

Die neue Kooperation ist deshalb auch eine Antwort auf eine stille Entwicklung: Wenn Ersatzteile zum Glücksfall werden, wird Modernisierung zur Notwendigkeit. ■

Daniel Baumbach

Die beiden Innenminister umrahmt von den Verantwortlichen der beiden Polizeihubschrauberstaffeln



Neue Mitteldistanzwaffe eingeführt

Thüringer Polizei schließt Großprojekt erfolgreich ab

Mehr als acht Jahre Planung, Beschaffung und Erprobung liegen hinter der Thüringer Polizei – nun ist die Einführung der neuen Mitteldistanzwaffe abgeschlossen. Ein Projekt, das zeigt, wie konsequent sich die Polizei auf veränderte Einsatzlagen einstellt.



Mit einer Danksagungsveranstaltung in der Landespolizeidirektion ist Mitte März ein Projekt zu Ende gegangen, das die Thüringer Polizei über Jahre geprägt hat. Die Einführung der Mitteldistanzwaffe gilt offiziell als abgeschlossen – ein Meilenstein für Ausrüstung und Einsatzfähigkeit.

Der Weg dorthin begann bereits 2015 vor dem Hintergrund einer veränderten Sicherheitslage in Europa. Die Analyse damaliger Anschläge führte zu einem neuen Schutzkonzept, das 2016 in Kraft trat. Während zunächst die ballistische Schutzausstattung im Fokus stand, rückte im Anschluss die Bewaffnung stärker in den Mittelpunkt. Es folgte ein aufwendiger Prozess: von der Erstellung eines Fachkonzepts über ein komplexes Vergabeverfahren bis hin zur intensiven Anwendererprobung.

Am Ende steht eine beeindruckende Bilanz. Mehr als 1.000 Einsatzwaffen sowie zusätzliche Trainingswaffen wurden beschafft und in den Dienst

integriert. (PIT berichtete in den Ausgaben 2 und 5/2024)

Parallel dazu wurden die operativen Bereiche der Polizei umfassend geschult. Mit der schrittweisen Aussonderung der bisherigen MP5 ist die Umstellung nun vollzogen.

Bei der Abschlussveranstaltung würdigte der damalige LPD-Vizepräsident Dirk Löther die Leistung aller Beteiligten. Das Projekt habe gezeigt, „wie leistungsfähig wir sind, wenn ein Ziel ansteht und alle Protagonisten an einem Strang ziehen“. Zugleich betonte er die Bedeutung moderner Ausstattung für die tägliche Polizeiarbeit und dankte ausdrücklich auch jenen, die im Hintergrund zum Erfolg beigetragen haben.

Tatsächlich war das Vorhaben nur durch das Zusammenspiel vieler Bereiche möglich. Fachabteilungen, Arbeitsschutz, Bildungszentrum, Landeskriminalamt sowie zahlreiche nachgeordnete Behörden arbeiteten



eng zusammen. Probleme wurden früh erkannt und pragmatisch gelöst – etwa durch die Umstellung auf robustere Metallmagazine oder zusätzliche Ausrüstungskomponenten.

Das Ergebnis ist mehr als nur eine neue Waffe. Es ist ein sichtbares Zeichen für die Weiterentwicklung der Thüringer Polizei – und für den Anspruch, auf neue Gefährdungslagen vorbereitet zu sein.

Einsatzwaffe Kaliber 7,62 mm x 35 letal wirkende Munition zentrale Patronen-Anzündung	Indoor-Trainingswaffe Kaliber 5,56 mm x 45 (Verschluss) letal wirkende PT-Munition zentrale Patronen-Anzündung
Laser-Trainingswaffe Kaliber 5,56 mm x 45 (Verschluss) nonletale Munition (Platzpatronen) dezentrale Patronen-Anzündung	Ausbildungs-/Handlingswaffe Kaliber 7,62 mm x 35 technisch schussunfähig

Franziska Bauer
arbeitet in der Pressestelle der LPD

Übersicht der Einsatz- und Trainingswaffen



PIT -Ausgabe 2/2024



PIT -Ausgabe 5/2024

Zwischen Datenschutz und Datendruck: KI in der Polizeiarbeit

Wie Technik im Kampf gegen Missbrauch und Cybercrime helfen könnte

Tausende Bilder, stundenlange Videos, Festplatten voller Abgründe: Tag für Tag sitzen Spezialistinnen und Spezialisten des Landeskriminalamtes Thüringen (TLKA) vor ihren Bildschirmen. Sie werten kinderpornografische Daten inklusive künstlich erzeugter Missbrauchsbilder oder Datenkolonnen aus den Bereichen Cybercrime und Kryptowährungen aus. Moderne Ermittlungsarbeit findet mittlerweile meist in Datenbanken, Analyseprogrammen oder in Systemen mit künstlicher Intelligenz statt. Doch gerade bei KI arbeitet die Polizei oft mit angezogener Handbremse. Warum wird sie nicht konsequenter eingesetzt?

Cybercrime wirkt abstrakt, gehört aber längst zum Alltag der Strafverfolgung. Gemeint sind Straftaten im digitalen Raum, also Angriffe auf IT-Systeme und Daten oder das Internet als Tatmittel. Im TLKA bündelt das Dezernat 64 „Cybercrime“ diese Aufgaben. Es fungiert als Zentralstelle, bearbeitet komplexe Verfahren und koordiniert landesweit sowie internationale Ermittlungen.

Ein Schwerpunkt liegt auf der Bekämpfung von Kinder- und Jugendpornografie. Dafür betreibt das Dezernat unter anderem die Zentrale Auswertestelle (ZAsT) für sichergestellte Datenträger. Zudem ist hier die Zentrale Ansprechstelle Cybercrime (ZAC) angesiedelt. Sie ist Schnittstelle zur Wirtschaft, unterstützt Betroffene nach Cyberangriffen und leistet Präventions- und Aufklärungsarbeit. Cybercrime ist damit kein Randthema mehr, sondern ein zentrales Aufgabenfeld moderner Polizeiarbeit.

Wer in diesem Dezernat arbeitet, besonders im Bereich der ZAsT, arbeitet an der Grenze dessen, was dauerhaft psychisch auszuhalten ist. Hier geht es um reale Gewalt, reale Opfer und reale Täter. „Wir schauen uns den ganzen Arbeitstag inkriminierte Bilder und Videos an“, sagt Tino Nehrbaß. Sein Arbeitsalltag als Auswerter von Kinder- und

Jugendpornografie bedeutet tägliche Konfrontation mit Inhalten, die man nicht einfach ausblenden kann. Auf seinem Schreibtisch landet das auszuwertende Datenmaterial aus Durchsuchungen: Handys, Festplatten, Laptops, Server. Jedes einzelne Bild, jedes Video muss er sichten, bewerten und klassifizieren. Die Kategorien reichen von Kinder- und Jugendpornografie über Tier- und fiktive Pornografie bis hin zu KI-generierten Inhalten, die immer häufiger auftauchen und oft täuschend echt wirken.

Gerade diese künstlich erzeugten Bilder stellen die Ermittler vor neue Herausforderungen. Sie zeigen keine realen Opfer, werden aber von realen Tätern genutzt und verbreitet. Juristisch ist das nicht kompliziert, jedoch können dadurch Ermittlungen nach Personen ausgelöst werden, die tatsächlich nicht existent sind. Am Ende sitzt immer ein Mensch vor dem Bildschirm, der entscheiden muss, wie damit umzugehen ist.

Innovation unter Vorbehalt

Um den Berg an Arbeit überhaupt bewältigen zu können, ist moderne Technik unverzichtbar. In der Auswertung von Kinder- und Jugendpornografie wird die Software „Mag-

net Griffeye“ genutzt. Sie bildet das technische Rückgrat der täglichen Arbeit. In ihr wird das auszuwertende Datenmaterial eingelesen, werden Dateien analysiert und automatisch miteinander abgeglichen. Eine der wichtigsten Vergleichsmöglichkeiten sind die verschiedenen Hash-Werte, digitale Fingerabdrücke von Dateien. Diese werden mit internationalen Datenbanken abgeglichen. Ist ein Bild bereits bekannt, wird es automatisch erkannt und klassifiziert. Was banal klingt, ist in der Praxis eine enorme Entlastung.

„Sonst müssten wir uns jedes Bild immer wieder anschauen“, so Tino Nehrbaß. „Magnet Griffeye“ jedoch stellt keine künstliche Intelligenz im engeren Sinne dar, sondern ist ein klassischer Abgleich von Werten. Doch die Software zeigt, wie stark moderne Ermittlungsarbeit von Algorithmen abhängt und wie wichtig es ist, diese Systeme weiterzuentwickeln.

Allerdings: jeder technische Fortschritt stößt schnell an rechtliche Grenzen. Für die Speicherung von Hash-Werten zum Aufbau einer eigenen Datenbank, der Nutzung der Auswertesoftware und den Betrieb des autarken Auswerternetzes waren monatelange Prüfverfahren notwendig. „Ein Heidenaufwand“, erinnert sich Tino Nehrbaß. „Errichtungsanordnung und mehrere Datenschutzfolgeabschätzung kosteten neben der Auswertetätigkeit in der ZAsT locker mal neun Monate. Und das nur für den Datenschutz.“, ergänzt seine Dezernatsleiterin Ramona Guth. Niemand bestreitet, dass Datenschutz wichtig ist. Doch im Alltag erleben viele Ermittler ihn als Bremsklotz. Während Täter internationale Plattformen nutzen und neue Techno-

logien sofort einsetzen, müssen Behörden oft jahrelang auf Freigaben warten. Zeit, die in Ermittlungen fehlt.

Dabei ist KI längst Teil des Arbeitsalltags. In der Auswertesoftware für Kinder- und Jugendpornographie sind mehrere KI-Module integriert, die Bildmaterial analysieren und Vorschläge zur Kategorisierung machen. Allerdings sind diese Module auch keine künstliche Intelligenz im eigentlichen Sinne, denn etwas Entscheidendes fehlt: „Die KI ist fertig trainiert. Die lernt nicht bei uns“, erklärt Tino Nehrbaß. Sie erkennt Muster, Formen und Strukturen, folgt dabei aber festen Regeln. Deshalb bleibt die Verantwortung beim Menschen.

Gerade im sensiblen Grenzbereich zwischen Kindern und Jugendlichen ist Technik allein überfordert, denn die KI-Module sind noch fehleranfällig. Schlechte Bildqualität, ungünstige Perspektiven oder schwierige Altersabschätzungen führen immer wieder zu falschen Ergebnissen. Und doch sind sich alle einig: Mit besseren Systemen ließe sich deutlich mehr erreichen. Das bedeutet: vorausschauen, Haushaltsmittel planen und auf Umsetzung hoffen.

Auch im Cybercrime-Bereich ist künstliche Intelligenz längst ein wichtiger Helfer. Hannes Lederer arbeitet täglich an der Aufklärung von Hackerangriffen, Servermanipulationen und digitaler Erpressung. Dabei nutzt sein Team eine genehmigte kostenpflichtige Variante einer bekannten KI für technische Recherchen, IT-Fragen, Skripte und Hintergrundwissen. „Man bekommt einfach schneller die benötigten Informationen. Und das auch strukturiert.“,

Foto: Adobe Stock - KI-generiert

erklärt er. Diese KI-Unterstützung sollte jedoch mit Bedacht genutzt werden, da das Ergebnis stets einer Prüfung des Anwenders bedarf und datenschutzrechtliche Vorgaben berücksichtigt werden müssen. Auch hier war der Weg zur Nutzung lang. Erst nach Tests, Evaluierungen und Berichten durfte die KI eingesetzt werden. Eine Innovation unter Vorbehalt.

Wo könnte KI unterstützen?

Leistungsfähigere KI-Features der Auswertesoftware „Grifeye“ sind längst verfügbar. „Die würden wir gerne nutzen“, sagt Tino Nehrbaß. „Aber die kosten Geld, dass erst im Haushalt vorgeplant werden muss. Denn wie immer gilt: Wer gute und leistungsfähige IT will, muss das nötige Geld in die Hand nehmen.“ Während Täter modernste Technik einsetzen, arbeitet die Polizei oft mit abgespeckten Lösungen. Nicht aus Mangel an Know-how, sondern aus Mangel an Haushaltsmitteln und Genehmigungen.

Ein weiterer Punkt wird in der öffentlichen Debatte häufig übersehen: KI hilft, die Mitarbeiter der ZAST zu schützen. Denn die psychische Belastung ist enorm. „Man spricht immer über KI. Aber was bedeutet das genau in der täglichen Arbeit hier?“, sagt Ramona Guth. Das bedeutet, die Mitarbeiter der ZAST sichten täglich schwer belastendes Material, müssen teils schwierige Entscheidungen in der Klassifizierung treffen und tragen dafür auch die Verantwortung vor Gericht. Sie sehen Gewalt, Missbrauch, extreme Inhalte über Jahre hinweg. Bessere KI-Systeme könnten hier mehr Vorsortierung übernehmen und besonders belastende Inhalte filtern, bevor sie Menschen erreichen. Doch dafür braucht es Investitionen und technisches Vertrauen.

Hinzu kommt, dass künstliche Intelligenz längst selbst zur Tatwaffe geworden ist. „KI-generierte Missbrauchsbilder und -videos nehmen zu“, warnt Tino Nehrbaß. Diese Dateien sind täuschend echt, werden massenhaft produziert

und weltweit verbreitet. Täter nutzen KI, um neue Inhalte in Serie zu erzeugen. „Im Prinzip wäre mit wenig Aufwand eine deutliche Effizienzsteigerung möglich. Unser Gegenüber nutzt KI. Und wir tun uns so schwer damit“, kritisiert Ramona Guth. So kann KI auch genutzt werden, um KI-generiertes Material zu erkennen. Ob eine Bild- oder Video-datei KI generiert ist oder nicht, ist mit dem menschlichen Auge fast nicht zu unterscheiden. Der europäische „AI Act“ soll hier einen rechtlichen Rahmen setzen und Innovation mit Grundrechtsschutz verbinden. In der Praxis fühlen sich viele jedoch eher kontrolliert als unterstützt. (Siehe Infobox)

Trotz aller Hürden ist der Stolz auf die eigene Arbeit spürbar. „Unsere Berichte sind Goldstaub“, sagt Ramona Guth. Sie sind bundesweit anerkannt und werden oft als Vorbild genutzt. Andere Bundesländer kommen nach Thüringen, um Abläufe kennenzulernen. „Das ist eine Teamleistung“, betont sie. Engagement, Fachwissen und Durchhaltevermögen. Was fehlt, ist nicht Kompetenz. Es ist die Möglichkeit, Technik als Chance zu betrachten – und nicht nur als Datenleck.

Was ist KI? Bedrohung oder Chance?

Künstliche Intelligenz wird den menschlichen Kampf gegen Kinderpornografie und Cybercrime nicht ersetzen. Aber ohne sie wird er langfristig kaum zu gewinnen sein. Die Täter sind digital, global vernetzt und technisch hochgerüstet. Sie nutzen KI selbstverständlich. Die Polizei arbeitet engagiert, professionell und oft am Limit. Doch sie wird gebremst durch Bürokratie, Misstrauen und knappe Mittel. Dabei zeigen die Gespräche deutlich: Für die Ermittler ist KI kein Risiko, sondern richtig genutzt ein Werkzeug, das schützt, entlastet und unterstützt. ■

Katharina Arnold
arbeitet in der Pressestelle des TLKA

Der EU AI Act ist seit 2024 in Kraft und schafft erstmals europaweit verbindliche Regeln für den Einsatz Künstlicher Intelligenz.

Die wichtigsten Punkte im Überblick:

- **Risikobasierter Ansatz:** KI-Systeme werden je nach Gefährdungspotenzial eingestuft. Je höher das Risiko, desto strenger die Vorgaben.
- **Strenge Regeln für Polizei und Justiz:** KI in der Strafverfolgung gilt meist als „Hochrisiko-Anwendung“ und unterliegt besonderen Prüf-, Dokumentations- und Kontrollpflichten.
- **Verbot besonders gefährlicher Anwendungen:** Bestimmte KI-Systeme, etwa zur umfassenden biometrischen Überwachung im öffentlichen Raum, sind grundsätzlich untersagt.
- **Transparenzpflichten:** Nutzende müssen wissen, wenn sie mit KI arbeiten oder KI-generierte Inhalte verwenden.
- **Hoher Dokumentationsaufwand:** Einsatz, Training, Funktion und Risiken von KI-Systemen müssen detailliert dokumentiert und regelmäßig überprüft werden.
- **Ziel des Gesetzes:** Innovation ermöglichen, ohne Grundrechte, Datenschutz und Nichtdiskriminierung zu gefährden.

Wie ermitteln wir morgen?

Fachkonferenz im TLKA sucht Antworten auf die Kriminalität der Zukunft

Cybercrime, Messenger-Betrug, internationale Täterstrukturen: Kriminalität verändert sich rasant - und mit ihr die Arbeit der Polizei. Wie können Ermittlerinnen und Ermittler Schritt halten, wenn Datenmengen explodieren, Technologien sich immer schneller entwickeln und Ressourcen begrenzt bleiben? Darum ging es bei der Fachkonferenz „Transformation der Kriminalitätsbekämpfung“ im Landeskriminalamt Thüringen. Fachleute aus Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Hessen und Niedersachsen brachten ihre Erfahrungen mit und warfen damit einen Blick weit über die Landesgrenzen hinaus.

Wenn Daten zur Hauptspur werden

„Wir wollen gemeinsam über den Tellerrand schauen und ein gemeinsames Mindset entwickeln“, eröffnete TLKA-Vizepräsident Mirko Dalski die Konferenz. Der Anlass ist offensichtlich: Kriminalität wird digitaler, internationaler und komplexer. Ermittlungen führen immer häufiger nicht mehr zuerst zum Tatort, sondern in Datenbanken, Clouds oder Messenger-Chats. Oder, wie es ein Teilnehmer formulierte: „Früher suchten Ermittler nach Spuren. Heute suchen sie oft zuerst nach der richtigen Nadel im digitalen Heuhaufen.“

Wie Polizei auf diese Entwicklung reagieren kann, zeigten mehrere Praxisbeispiele. Thomas Welsch aus Rheinland-Pfalz berichtete über die dortige Neuausrichtung der Kriminalitätsbekämpfung. Die frühere LKA-Führungskraft war selbst maßgeblich am Reformprojekt „KriBe 5.0“ beteiligt.

Sein Ansatz: klarere Strukturen, stärkere Vernetzung und weniger Silodenken.

Aus Hessen zugeschaltet war Marc Reinhold vom Hessischen Landeskriminalamt. Sein Thema: die Ökonomisierung der Massenkriminalität.

Viele Betrugsdelikte funktionieren heute wie ein Geschäftsmodell –

standardisiert, arbeitsteilig und oft international organisiert.

Die Konsequenz: Ermittlungsarbeit muss effizienter organisiert werden. Standardisierte Prozesse, digitale Unterstützung und eine engere Zusammenarbeit mit der Justiz spielen dabei eine zentrale Rolle.



Fotos: TLKA

Politik: Digitalisierung ist kein Zusatzthema

Nach der Mittagspause ordnete Thüringens Innenminister Georg Maier die Diskussion politisch ein. Thüringen habe in den vergangenen Jahren bereits wichtige Schritte in der Digitalisierung gemacht. „Wir brauchen uns nicht verstecken. Aber unser Anspruch ist natürlich, wir orientieren uns immer auch an den Besten.“ Gleichzeitig verwies er auf neue Entwicklungen – etwa hybride Bedrohungen. Für Polizei und Sicherheitsbehörden bedeute das: Kriminalitätsbekämpfung weiterzuentwickeln, bleibt eine zentrale Aufgabe.

Technik hilft – aber der Mensch entscheidet

Am Nachmittag richtete sich der Blick nach vorn. Thomas Jungbluth und Dr. Martin Boberg vom LKA Nordrhein-Westfalen entwarfen mit dem Szenario „Arbeitswelt K“ ein Bild der Ermittlungsarbeit von morgen. Wichtig dabei: Szenarien vordenken – und bereits Maßnahmen planen. Eine weitere zentrale Botschaft: Technik wird immer wichtiger, aber nur, wenn sie sinnvoll in Organisation und Arbeitsalltag eingebettet ist.

Wie solche Technologien konkret aussehen können, zeigte Simon Nietiedt vom LKA Niedersachsen. Der KI-Wissenschaftler arbeitet dort daran, Künstliche Intelligenz in den Polizeialltag zu integrieren. Programme können etwa Sprachnachrichten automatisch verschriftlichen, große Textmengen zusammenfassen oder Videomaterial schneller auswerten. Doch auch hier gilt: KI ersetzt keine Ermittlerinnen und Ermittler. Sie unterstützt sie. Oder, bildlich gesprochen: Die Maschine sortiert das Heu – die Nadel findet am Ende immer noch der Mensch.

Die große Frage zum Schluss

Zum Abschluss der Konferenz wurde diskutiert – über Prioritäten, Ressourcen und die Zukunft der Ermittlungsarbeit.

Die Ausgangsfrage: „Wir schreiben das Jahr 2031. Fallzahlen steigen, Ressourcen bleiben knapp. Würden Sie heute in Menschen, Technik oder Strukturen investieren?“

Die Antworten zeigten schnell: Eine einfache Lösung gibt es nicht. Der Tenor der Diskussion: Technik und Organisation müssen sich weiterentwickeln – aber ohne den Menschen funktioniert keine Transformation.

Nicht nur im Konferenzsaal wurde intensiv diskutiert. Auch in den Pausen nutzten viele Teilnehmende die Gelegenheit zum Austausch über Erfahrungen und Ideen. Ein besonderer Blickfang war das Graphic Recording der Veranstaltung von Sandra Bach aus Weimar. Während der Konferenz entstand auf einer großen Leinwand eine visuelle Zusammenfassung der wichtigsten Gedanken und Diskussionen. Immer wieder standen kleine Gruppen davor und verfolgten den Fortschritt.

Am Ende des Tages brachte TLKA-Vizepräsident Mirko Dalski die zentrale Erkenntnis auf den Punkt: Die Polizei hat weiterhin die Möglichkeit, die eigene Arbeit aktiv zu gestalten – durch bessere Prozesse, angepasste Strukturen und sinnvoll eingesetzte Technik.

Oder, einfacher gesagt: Die Zukunft der Ermittlungsarbeit entsteht nicht irgendwann. Sie wird heute entschieden. ■

Katharina Arnold

Ein besonderer Dank an die Referenten der Fachkonferenz - ein TLKA-Coin und eine süße Aufmerksamkeit von der Erfurter Goldhelm Schokolade



Fotos: LKA

Digi...
formiert

Digi...formiert: Digitale Streifenfahrt

Streifenfahrt 2.0: Digitale Tools im Taschenformat

Fotos vom Unfallwagen, Fingerabdrücke direkt prüfen, Personalien in Sekunden abfragen – moderne Polizeiarbeit passt inzwischen in eine Hand. Die sogenannten SmArTh-Geräte (Sicheres, mobiles Arbeiten in Thüringen) sehen aus wie Smartphones, sind aber hochsichere Diensthandys für die Polizeiarbeit. PIT hat ein Streifenteam begleitet. Von Polizeikommissarin Alina Matkey und Polizeimeister Joannis Frank vom Erfurter Inspektionsdienst Süd wollten wir wissen: Hilft die Technik wirklich im Alltag? Oder ist sie nur ein weiteres Gerät, das man mit sich herumschleppt? Schon nach dem ersten Einsatz wurde klar: Ohne das Handy würde vieles deutlich länger dauern.

Die Sirene heult, Blaulicht spiegelt sich in den Autoscheiben. Der Streifenwagen biegt um die Ecke, wenige Sekunden später stehen Alina und Joannis am Unfallort. Ein Radfahrer wurde von einem Auto erfasst. Der Rettungswagen ist bereits da, Sanitäter kümmern sich um den Verletzten.

Währenddessen beginnt für die bei-

den Beamten die Dokumentation: Alina zückt ihr SmArTh-Gerät, öffnet die Foto-App und macht mehrere Aufnahmen: vom Fahrrad, vom Fahrzeug, von den Schäden an den Fahrzeugen. Aber auch von den Ausweisen der Beteiligten. Die Bilder gehen in die Vorgangsbearbeitung. Heißt: Noch während des Einsatzes, wächst im Hintergrund bereits die Dokumentation.

Einsatz ist nicht der einzige, bei dem das Gerät im Laufe der Schicht eine Rolle spielt.

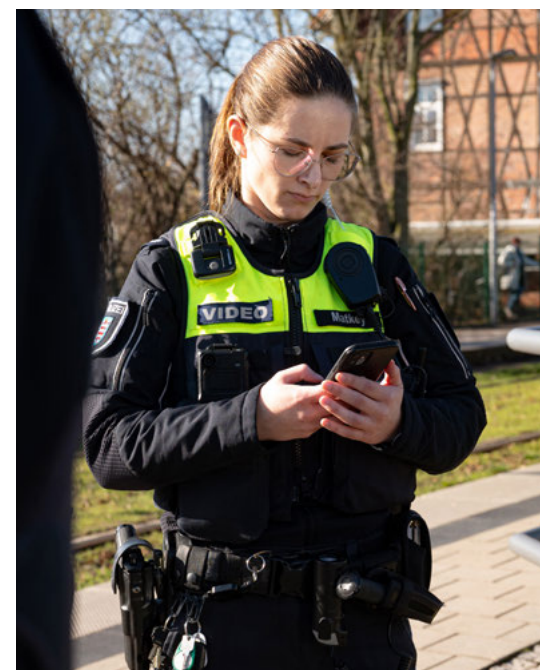
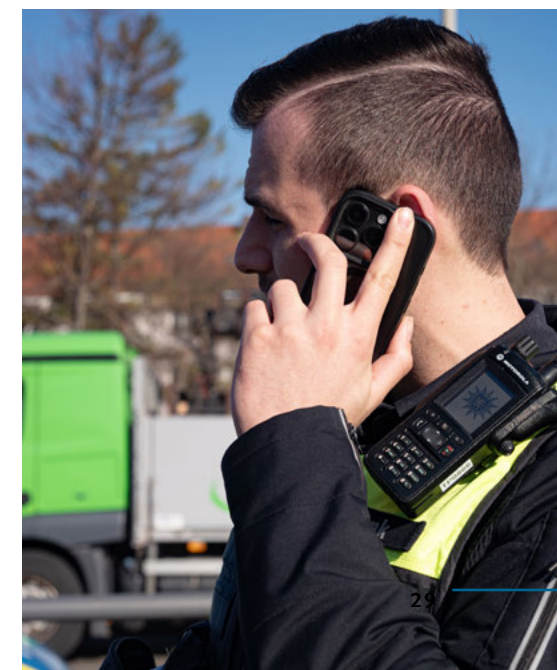
Die digitale Streife

Was auf den ersten Blick wie ein gewöhnliches Smartphone aussieht, ist für viele Thüringer Streifenbeamtinnen und -beamte längst zum unverzichtbaren Werkzeug geworden.

Was heute nur noch wenige Klicks auf den Auslöser bedeutet, hätte früher Schreibarbeit und vor allem viel mehr Zeit gekostet: Kamera holen, Daten notieren, später auf der Dienststelle alles übertragen. Aus Stunden oder sogar Tagen werden heutzutage Sekunden. Und dieser

PKin Alina Matkey bei der smarththen Anzeigenaufnahme mit SmArTh-Gerät

Natürlich klappen auch klassische Funktionen wie Telefonieren mit dem SmArTh-Gerät wie es PM Joannis Frank vormacht





Die SmArTh-Geräte sind speziell entwickelte Diensthandys mit sicheren Polizeiapplikationen.

Auf ihnen laufen Apps wie:

- mFoto – für Einsatzfotos, die direkt ins System übertragen werden,
- mDakty – für Fingerabdruck-Scans vor Ort,
- interne Chatfunktionen,
- Abfragefunktionen für Personalien.

Für die Streife ist das längst Alltag. „Wir nutzen die Geräte eigentlich täglich – ohne geht es kaum noch“, sagt Alina. Ein entscheidender Vorteil: Informationen müssen nicht mehr über Funk durchgegeben werden.



Das klingt unspektakulär, ist es aber nicht. Denn Funk kann immer nur eine Streife gleichzeitig nutzen. Wenn jemand Personalien buchstabiert, warten alle anderen. Mit dem Handy passiert die Abfrage parallel. „Wenn man wartet, bis der Funk frei ist, dauert das viel länger“, sagt Alina. „Mit dem Handy bist du einfach freier.“ Joannis ergänzt: „Gerade wenn jemand einen komplizierten Namen hat. Dann fängt man an zu buchstabieren – und in der Zeit kann kein anderer funken.“

Die nächste Situation zeigt, wie groß der Unterschied tatsächlich sein kann. Ein Straßenbahnkontrolleur meldet einen Mann, der ohne Fahrschein gefahren sein soll. Die Streife überprüft den Mann. Auch hier kommt das Diensthandy direkt zum Einsatz: Der Ausweis wird fotografiert, Bilder der Unterlagen der Kontrolleure werden aufgenommen, Informationen werden direkt an die Kollegen weitergeleitet. Die Informationen werden für die weitere Vorgangsbearbeitung bereitgestellt und übertragen.

Und hier zeigt sich ein weiterer Vorteil der mobilen Technik. „Wir können draußen gleich Fingerabdrücke einscannen und sehen, ob die Person bei uns bekannt ist. Das dauert

Die Schäden am Unfallauto werden via SmArTh-Gerät festgehalten

Foto links unten: Ausweis und Führerschein können für die weitere Dokumentation via SmArTh-Gerät abfotografiert werden

nur ein paar Sekunden“, erklärt Alina. „Sonst müssten wir sie zur Dienststelle mitnehmen.“ Gerade wenn jemand keine Ausweisdokumente bei sich hat oder Verständigungsprobleme bestehen, kann das entscheidend sein.

Der Einsatz dauert eine knappe halbe Stunde. Ohne die Technik hätte alles deutlich länger gedauert. Allein die spätere Dokumentation hätte zusätzliche Zeit gefressen.

So sind die Beamten schnell wieder im Streifenwagen auf der Straße. Kurz darauf fällt der Streife ein Autofahrer auf. Er fährt mit dem Handy in der Hand. Die Beamten setzen hinterher, stoppen das Fahrzeug und führen eine Kontrolle durch. Ergebnis: 100 Euro Bußgeld und ein Punkt in Flensburg. Währenddessen wird auch dieser Einsatz mit dem SmArTh-Gerät dokumentiert. Fotos, Notizen, Personalien – alles direkt digital.

Fotos: TLKA

Zeitgewinn und was noch fehlt

Interessant ist: Die größte Zeitersparnis entsteht oft nicht während des Einsatzes, sondern danach: Die Fotos müssen nicht mehr von Kameras übertragen werden. Früher wurde die SD-Karte per Hauspost an den zuständigen Kollegen geschickt, der sie von der Karte auf den Computer und ins Polzeisystem geladen hat. „Früher hat es manchmal Tage gedauert, bis Bilder tatsächlich auf dem PC waren“, erinnert sich Joannis. Heute landen sie sofort im System. Das spart nicht nur Zeit, sondern auch Nerven.

So praktisch das Gerät ist – perfekt ist es noch nicht. Natürlich gibt es noch den ein oder anderen Wunsch der Kolleginnen und Kollegen. Und genau an diesen wird auch immerwährend gearbeitet: Bereits bestehende Apps werden erweitert und angepasst, neue Apps werden geplant und entwickelt, um den Arbeitsalltag zu erleichtern.

Ein kleiner Bildschirm verändert Polizeiarbeit

Nach mehreren Stunden Streifenfahrt zeigt sich ein klares Bild: Das SmArTh-Gerät wird bei nahezu jedem Einsatz genutzt. Für Fotos. Für Abfragen. Für Kommunikation. Oder wie Joannis es pragmatisch zusammenfasst: „Es ist einfach eine Vereinfachung.“

Er ist nicht der Einzige der das so sieht. Im Team selbst ist die Akzeptanz groß. „Bei uns nutzt das eigentlich jeder“, erklärt Alina, „Bis auf einzelne Ausnahmen.“

Das Fazit: Polizeiarbeit bleibt Polizeiarbeit. Unfälle, Kontrollen, Konflikte – all das passiert weiterhin draußen auf der Straße. Aber die Werkzeuge haben sich verändert.

Wo früher Notizblock, Kamera und Funkgerät dominierten, reicht heute oft ein einziges Gerät. Das SmArTh-Handy ersetzt keine Erfahrung und

kein Bauchgefühl. Aber es ist ein mobiles Einsatzwerkzeug und spart Zeit. Es vereinfacht Abläufe. Und es macht die Streife ein Stück digitaler.

Oder anders gesagt: Die Polizeiarbeit passiert immer noch auf der Straße. Nur ein Teil davon passt inzwischen in eine Hosentasche. ■

Judith Schnuphase und Katharina Arnold

Im Streifenwagen nutzt PKin Matkey das SmArTh-Gerät zur weiteren Bearbeitung



Geschult, geprüft und zugegriffen

Fortbildung „Drogen im Straßenverkehr“ verbindet Theorie und Praxis

Ein Routineweg durch die Landeshauptstadt endete für einen 39-jährigen mit einer Wohnungsdurchsuchung, einem Einsatz mit Diensthund und 12.000 Euro Bargeld weniger. Was wie ein Zufall wirkte, war Teil einer gezielten Fortbildung. Thüringer Polizistinnen und Polizisten trainierten den professionellen Blick für Drogen im Straßenverkehr und setzten das Erlernte unmittelbar um.

Eigentlich wollte ein 39-jähriger Mitte Dezember 2025 mittags nur schnell einen Weg in Erfurt für seine Partnerin erledigen. In der Grubenstraße geriet er in eine groß angelegte Verkehrskontrolle der Thüringer Polizei. Die Maßnahme war eingebettet in die ROADPOL-Aktionswoche „Alcohol and Drugs“, in der die Arbeitsgruppe „Drogen im Straßenverkehr“ der Landespolizeidirektion eine mehrtägige Fortbildung organisiert hatte. Beteiligt waren 26 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus allen Landespolizeiinspektionen, der Autobahnpolizeiinspektion sowie der Bereitschaftspolizei.

Steigende Zahlen, wachsender Handlungsdruck

Alkohol und andere berauschende Mittel verursachen immer mehr Verkehrsunfälle. Mit der Legalisierung

von Cannabis nehmen zudem mehr Konsumentinnen und Konsumenten am Straßenverkehr teil, was zusätzliche Risiken für die Verkehrssicherheit mit sich bringt. Es wird daher immer wichtiger, Einsatzkräfte so zu qualifizieren, dass sie berauschte Verkehrsteilnehmer sicher erkennen und konsequent aus dem Verkehr ziehen können.

Von der Theorie in die Kontrolle

Die Fortbildung umfasste zwei Theorietage mit rechtlichen, fachlichen und methodischen Grundlagen. Referentinnen und Referenten der Staatsanwaltschaft Leipzig, der Fahrerlaubnisbehörde Erfurt sowie der Toxikologie der Rechtsmedizin Jena lieferten praxisnahe Impulse. Den Abschluss bildete ein Praxistag, vorbereitet in enger Zusammenarbeit mit der Landespolizeiinspektion Er-

furt. Das Erlernte wurde unmittelbar angewendet, um die Handlungssicherheit der Teilnehmenden zu stärken.

Und genau hier schließt sich der Kreis zum 39-jährigen Autofahrer in der Grubenstraße. Für den Praxistag wurde in Erfurt eine Kontrollstelle mit Medizinzelt für Blutentnahmen und Untersuchungen eingerichtet. Neben den Fortbildungsteilnehmenden waren die Fahrerlaubnisbehörde der Stadt Erfurt sowie erfahrene und speziell geschulte Kolleginnen und Kollegen im Einsatz.

Ein Treffer bleibt selten allein

Dass der 39-Jährige positiv auf Drogen getestet wurde, war kein Zufall. Den aufmerksamen Beamten war nicht entgangen, wie er versuchte, ein Tütchen mit mehreren Gramm Ko-

Fotos: LPD

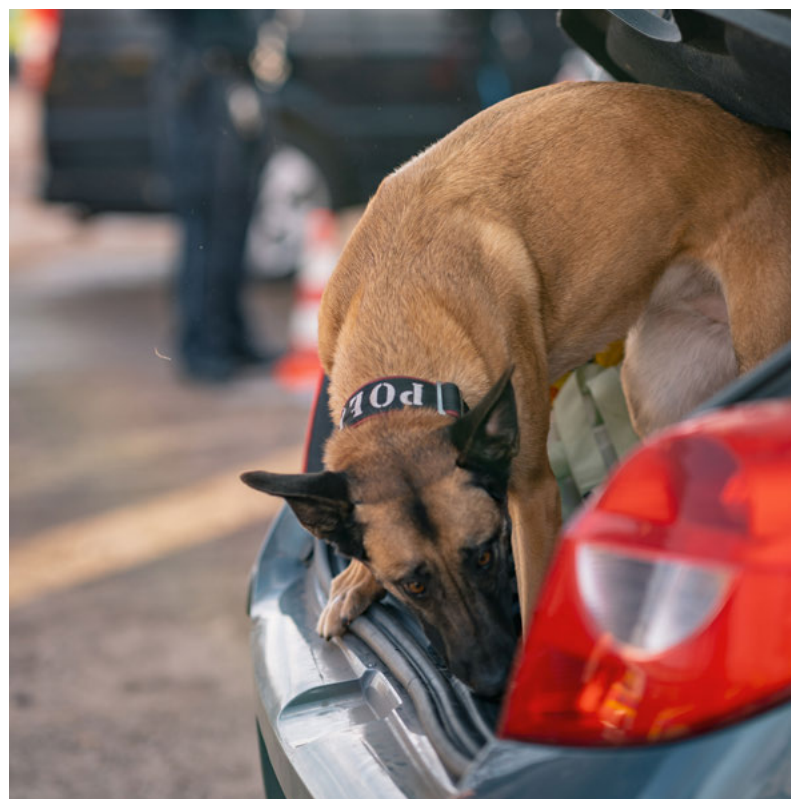
kain unter seinem Fahrzeug verschwinden zu lassen. Statt seine Besorgungen fortzusetzen, musste der Mann wenig später seine Wohnung für spezialisierte Ermittler und die Malinois-Diensthündin Inge öffnen. Ein Durchsuchungsbeschluss machte es möglich.

Die auf Betäubungsmittel und Bargeld spezialisierte Hündin schlug mehrfach an. In kürzester Zeit führte sie die Einsatzkräfte zu weiterem Kokain, 12.000 Euro Bargeld und einem Pfund Marihuana. Doch dieser Fall blieb nicht der einzige Erfolg des Praxistages. Innerhalb von sieben Stunden kontrollierten die Beamtinnen und Beamten 246 Fahrzeuge sowie deren Fahrerinnen und Fahrer. 15 Personen standen unter dem Einfluss von Alkohol oder Drogen. Hinzu kamen festgestellte Fahrzeugmängel und weitere Ordnungswidrigkeiten.

Nachhaltiger Effekt

Die Veranstaltung erwies sich als mehr als eine reine Fortbildungsmaßnahme. Sie stärkte die Handlungssicherheit der Teilnehmenden bei der Erkennung von Drogen im Straßenverkehr und setzte zugleich Impulse für weitere Ausbildungsformate. Außerdem unterstrich sie den hohen Stellenwert fachlichen Austauschs und behördenübergreifender Zusammenarbeit. Theorie, Praxis und konsequentes Handeln griffen ineinander und wirkten unmittelbar auf die Verkehrssicherheit in Thüringen. ■

Kevin Hirschfeld und Julia Neumann
Kevin Hirschfeld ist Sachbearbeiter SG11/13 der LPD und Mitglied der AG „Drogen im Straßenverkehr“. Julia Neuman arbeitet in der LPD als stellvertretende Pressesprecherin.



19. Masterstudiengang auf Praxis-Tour in Meiningen

Wie die Engineering-Woche der Thüringer Polizei Verkehrssicherheit neu denkt

Schneefall, dichter Verkehr, schwierige Straßenverhältnisse – schon die Anreise nach Meiningen machte deutlich, worum es gehen würde. An einem sehr winterlichen Montagmorgen kämpften sich eine Kollegin und neun Kollegen aus Sachsen sowie vier Thüringer Teilnehmer durch all diese Unbilden, um rechtzeitig die Bildungseinrichtungen der Thüringer Polizei zu erreichen.

Dort begann für die Studierenden des 19. Masterstudiengangs der Deutschen Hochschule der Polizei (DHPol) keine gewöhnliche Seminarwoche. Die sogenannte Engineering-Woche verbindet Wissenschaft, polizeiliche Praxis und strategische Perspektiven der Verkehrssicherheitsarbeit.

Ihr Ziel: verstehen, wie Verkehrssicherheit in einem immer komplexeren Mobilitätssystem tatsächlich entsteht. Bereits zur Begrüßung durch die Leiter der Bildungseinrichtungen, Ltd. PD Jürgen Loya und PD Andreas Röhrner, sowie die verantwortlichen Dozentinnen PRin Julia Stosch und PORin Mandy Speer wurde deutlich: Hier geht es nicht um isolierte Fachthemen, sondern um das große Ganze – um das Zusammenspiel von Mensch, Infrastruktur

und Technik.

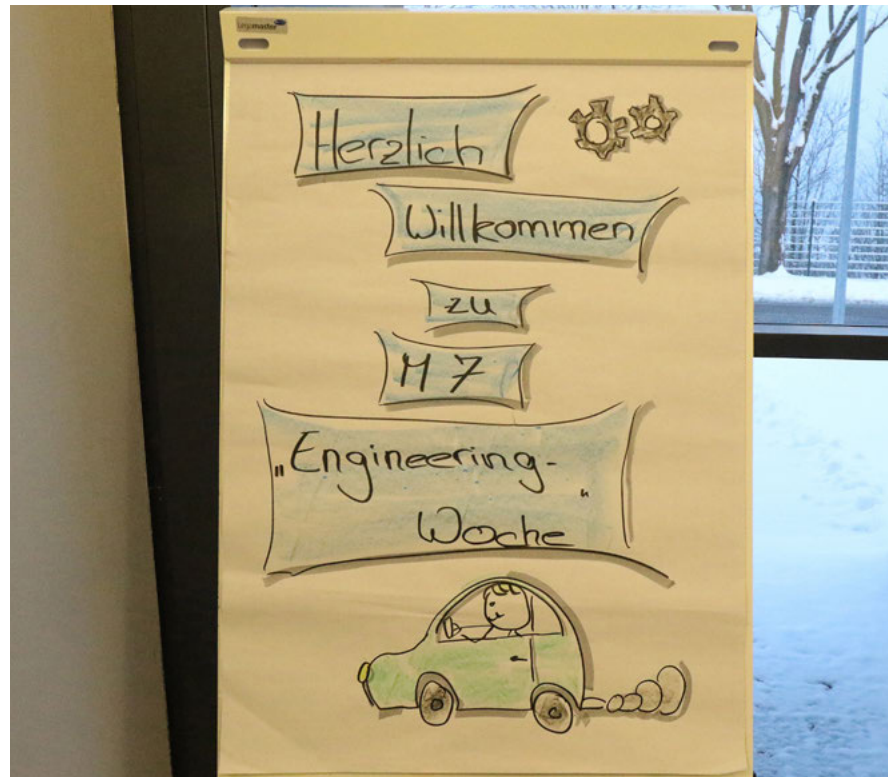
Vision Zero als strategischer Rahmen

Die Engineering-Woche ist Teil des Moduls „Verkehrssicherheitsarbeit der Landespolizeien oder des Bundes“ im Masterstudiengang „Öffentliche Verwaltung – Polizeimanagement“. Inhaltlich orientiert sich die Veranstaltung an den Zielen des Thüringer Verkehrssicherheitsprogramms 2030 sowie an der bundesweiten Vision Zero. Das Ziel ist ambitioniert: Bis 2030 soll auch in Thüringen die Zahl der Verkehrstoten um weitere 40 Prozent sinken. Ein solches Ziel lässt sich nicht allein durch mehr Kontrollen erreichen. Es verlangt ein systemisches Verständnis des Verkehrsraums – und genau dieses steht im Mittelpunkt der Engineering-Woche.

Wenn eine Motorradstrecke zum Lehrstück wird

Wie komplex Verkehrssicherheitsarbeit sein kann, zeigte ein Beispiel aus der Region. Die kurvenreiche Strecke zwischen Zella-Mehlis und Oberhof ist bei Motorradfahrenden beliebt – gleichzeitig gehört sie zu den unfallträchtigen Abschnitten der Region. PHK Stefan Schlott von der Landespolizeiinspektion Suhl und Mike Bauroth vom Landratsamt Schmalkalden-Meiningen präsentierten reale Unfallanalysen. Zeitreihen, Kostenentwicklungen und Unfallstatistiken machten deutlich, wie Unfallkommissionen arbeiten und welche Maßnahmen möglich sind – von Tempolimits über Schutzplanen bis hin zu neu installierten Rüttelstreifen.

Die anschließende Diskussion zeigt



te jedoch auch die politische und gesellschaftliche Dimension solcher Entscheidungen. Zwischen Sicherheitsinteressen, touristischer Vermarktung und öffentlicher Akzeptanz entstehen oft Spannungsfelder. Beschwerden von Verkehrsteilnehmenden, kritische Medienberichte, aber auch positive Rückmeldungen aus der Region gehören zum Alltag. Für die angehenden Führungskräfte wurde hier greifbar, dass Verkehrssicherheit weit mehr bedeutet als technische Maßnahmen – sie ist auch ein Prozess des Aushandelns.

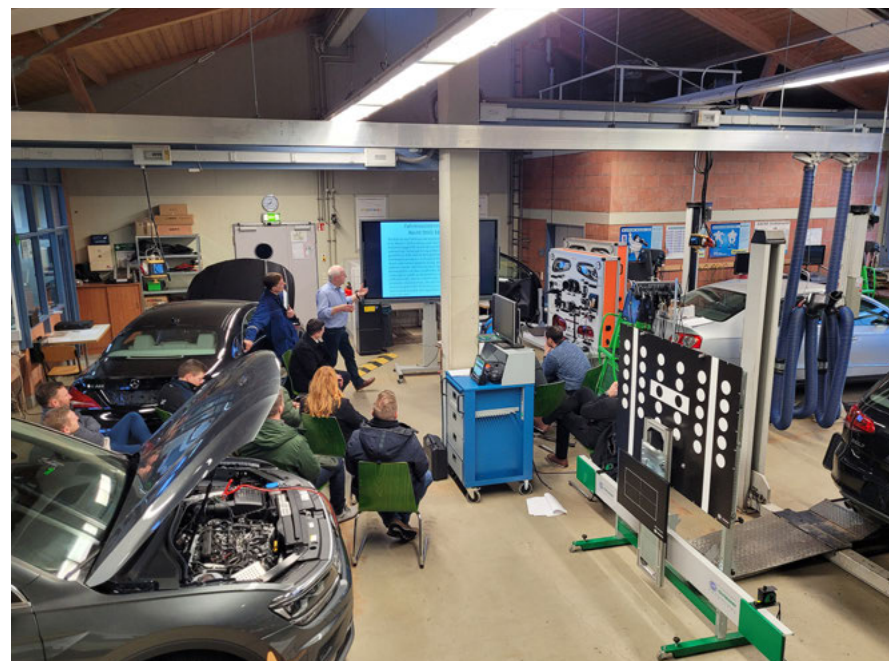
Verkehrssicherheitsarbeit im realen Verkehrsraum

Die Engineering-Woche blieb nicht im Seminarraum. Die Teilnehmenden erlebten Verkehrssicherheitsarbeit auch praktisch: im Überschlags- und Fahrsimulator der Bildungsein-

Einen gelungenen Mix aus Theorie und Praxis präsentierten Rico Ziller und Olaf Hollandt am Fachbereich Fahrzeugtechnik im Berufsbildungs- und Technologiezentrum Rohr-Kloster.

richtungen, in der Tunnelanlage der A 71, bei der Autobahnpolizeistation Süd in Zella-Mehlis und bei der Feuerwehr Suhl. Dabei stand eine zentrale Frage im Mittelpunkt:

Wie lassen sich Unfallanalysen, Verkehrsplanung und polizeiliche Maß-



nahmen sinnvoll miteinander verbinden?

Ein weiteres Thema war der digitale Fahrtenschreiber. PHK Georg Röber stellte neben der technischen Entwicklung des Gerätes aktuelle rechtliche Änderungen vor – etwa neue Regelungen für Kleintransporter im grenzüberschreitenden Güterverkehr. Während Bund und EU effizientere Kontrollinstrumente vorantreiben, arbeiten die Thüringer Behörden daran, passende Selektionssysteme für den praktischen Einsatz zu beschaffen.

Autonome Systeme – Chancen und Risiken

Mit der Digitalisierung des Verkehrs verändert sich auch die Polizeiarbeit. Prof. Dr.-Ing. Andreas Wenzel von der Hochschule Schmalkalden erläuterte, wie autonome Systeme funktionieren. Autonome Fahrzeuge treffen Entscheidungen innerhalb von Millisekunden. Sie analysieren ihre Umgebung mit Sensoren und Algorithmen – allerdings auf Basis eines stark reduzierten Weltmodells. Dadurch entstehen neue Risiken: Fehlinterpretationen von Situatio-

Fotos: Katja Sieber



nen, Manipulationen von Sensorik oder gezielte Angriffe auf Kommunikationssysteme. Für die Polizei eröffnet sich damit eine doppelte Perspektive. Autonome Systeme können einerseits Einsatzmittel sein, etwa bei Einsätzen in Gefahrenräumen. Andererseits können sie selbst zum Angriffsziel werden.

Digitale Spuren im Fahrzeug

Auch Fahrzeuge selbst werden zunehmend zu Datenträgern. KHMIn Sandra Schmidt und KOK Eik Herholz vom Thüringer Landeskriminalamt gaben Einblicke in die Welt der Automotive IT und Forensischen IUK. Moderne Fahrzeuge speichern eine Vielzahl digitaler Spuren:

Mobilfunkverbindungen, Standortdaten, Durchschnittsgeschwindigkeiten, Infotainment-Interaktionen oder Daten digitaler Fahrzeugschlüssel. Für Ermittlerinnen und Ermittler entstehen dadurch neue Möglichkeiten der Rekonstruktion von Ereignissen. Gleichzeitig steigen die Anforderungen an Datenschutz, technische Kompetenz und forensische Auswertung.

Nutzen und Gefahren beim Umgang mit Fahrerassistenzsystemen

Den besonderen Blick eines Psychologen auf das Thema Fahrerassistenzsysteme und automatisiertes Fahren steuerte Prof. Dr. Rüdiger Trimpop bei. Der Experte aus dem Bereich der Arbeits-, Betriebs- und Organisationspsychologie von der Fakultät für Sozial- und Verhaltenswissenschaften der Uni Jena zeigte einerseits, wie technische Systeme erheblich dazu beitragen können, um Unfälle zu vermeiden. Er verwendete dafür empirische Befunde zur Nutzung von automatischen Distanzregelungssystemen, Müdigkeitswarnern und Kollisionsassistenten.

Gleichzeitig warnte der Wissenschaftler aber davor, dass diese technischen Helfer beim Menschen auch zu Risikokompensation und Kompetenzverlust führen können. Simulationen und internationale Studien legen nahe, dass Assistenzsysteme auch Ablenkungen, höhere Geschwindigkeiten und neue Fehlerarten begünstigen, wenn wir nicht darauf achten, dass der Mensch am Steuer für den richtigen Umgang mit dieser faszinierenden Technik gezielt trainiert wird.

Beim Besuch des Fachbereichs Fahrzeugtechnik im Berufsbildungs- und

Den Überschlags- und Fahrsimulator der Bildungseinrichtungen der Thüringer Polizei konnten die Gäste aus Sachsen und Thüringen natürlich auch selbst ausprobieren.

Technologiezentrum Rohr-Kloster erhielten die Studierenden dann praktische Einblicke in aktuelle Entwicklungen der Fahrzeugtechnik. Rico Ziller und Olaf Hollandt stellten hier nicht nur Fahrerassistenzsysteme sowie moderne Sensor- und Diagnosesysteme, sondern auch entsprechende EU-Regelungen zum automatisierten Fahren vor.

Besonders deutlich wurde der Wandel beim Thema Elektromobilität. Elektro- und Hybridfahrzeuge stellen Einsatzkräfte vor neue Herausforderungen. Hochvoltbatterien können etwa nach Unfällen zeitverzögert reagieren oder sich erneut entzünden. Fahrzeuge müssen teil-



Prof. Dr. Rüdiger Trimpop von der Friedrich-Schiller-Universität Jena betrachtete das Thema Fahrerassistenzsysteme und automatisiertes Fahren mit dem besonderen Blick eines Psychologen.



Verkehrsunfallanalyse der DEKRA-Niederlassung Suhl, Daniel Bismann, präsentierte reale Fallbeispiele und zeigte, wie präzise moderne Unfallanalysen heute sein können. Eine zentrale Erkenntnis: Die Qualität der Rekonstruktion hängt maßgeblich von der polizeilichen Unfallaufnahme ab. Nur wenn Spuren sorgfältig gesichert und dokumentiert werden, lässt sich ein Unfallgeschehen später zuverlässig rekonstruieren.

Verkehrssicherheit als gemeinsame Aufgabe

Die Engineering-Woche zeigte eindrucksvoll, wie breit das Feld moderner Verkehrssicherheitsarbeit geworden ist. Polizei, Wissenschaft, Verwaltung und Wirtschaft arbeiten zunehmend zusammen, um Verkehrssysteme sicherer zu machen. Für die Ratsanwärterinnen und Ratsanwärter war die Woche daher weit mehr als ein Studienmodul. Sie bot einen Einblick in die Systemlogik moderner Verkehrssicherheit – und in die Verantwortung, die künftige Führungskräfte in diesem Bereich tragen. Verkehrssicherheit entsteht heute nicht mehr allein durch Kontrolle. Sie entsteht durch Wissen, Zusammenarbeit und die Fähigkeit, ein komplexes System zu verstehen. ■

Torsten Stahlberg arbeitet in der Abteilung 4 des TMIKL

Autonome Systeme in ihrer Ambivalenz, einerseits ein mögliches Einsatzmittel, andererseits aber auch selbst ein risikobehaftetes Angriffsziel zu sein, waren das Thema von Prof. Dr.-Ing. Andreas Wenzel von der Hochschule Schmalkalden.

weise über längere Zeit überwacht oder isoliert abgestellt werden. Marco Juffa von der TU Ilmenau gab in diesem Themenkomplex Einblicke in das Brandverhalten von Fahrzeugen mit alternativen Antrieben. So wurde deutlich, dass die technischen Entwicklungen im Fahrzeugbereich zunehmend auch Teil der polizeilichen Einsatzplanung werden müssen.

Der Mensch bleibt der entscheidende Faktor

Neben Technik und Infrastruktur blieb auch der Mensch im Fokus der

Nach ihrer abenteuerlichen Anfahrt in Richtung Meiningen wurden die Studierenden von Mandy Speer (ganz links), Jürgen Loyen (dahinter), Julia Stosch (ganz rechts) und Andreas Röhner (dahinter) nicht nur sehr herzlich, sondern auch ein bisschen erleichtert zur Engineering-Woche in Thüringen begrüßt.

Woche. Eine Einheit zur Wahrnehmungspsychologie zeigte, wie selektiv Menschen ihre Umgebung wahrnehmen – beeinflusst durch Stress, Müdigkeit oder Routine. PsychRin Tanja Nagel zeigte, wie Straßenmarkierungen, Blickführung oder Verkehrsraumgestaltung das Verhalten von Verkehrsteilnehmenden stark beeinflussen können.

Fazit: Die Verbesserung der Verkehrssicherheit hängt immer auch von diesen Komponenten ab.

Wenn Spuren die Wahrheit erzählen Den Abschluss bildete ein Blick auf die technische Unfallrekonstruktion. Der Leiter der Fachabteilung für



Weniger Papier, klarere Abläufe

Wie das neue „Netzwerk Geschäftsprozesse“ die Polizei entlastet

Das „Netzwerk Geschäftsprozesse“ der Landespolizeidirektion ist kein Projekt „von oben“, sondern aus der Praxis entstanden. Die Idee: Verbesserungen nicht vorgeben, sondern gemeinsam mit den Beteiligten entwickeln. Nach ersten Erfahrungen in der Stabsstelle Digitalisierung und mit Unterstützung der Internen Revision wurde das Netzwerk im Juni 2025 offiziell gestartet – mit dem Ziel, Abläufe spürbar effizienter zu machen. PIT sprach mit Polizeioberrat Thomas Hofmann, dem Leiter des Netzwerkes.

PIT: Was ist die Aufgabe des Netzwerks?

Thomas Hofmann: Im Kern geht es um die Fragen: Wie arbeiten wir eigentlich – und wie geht es einfacher? Um das zu beantworten, schauen wir uns Abläufe an, sprechen mit den Leuten, die damit täglich zu tun haben, und versuchen, das Ganze praktikabler zu machen. Und wir achten darauf, dass Digitalisierung wirklich hilft und nicht noch mehr Aufwand erzeugt.

PIT: Wer ist dabei?

Thomas Hofmann: Vor allem Kolleginnen und Kollegen aus den Dienststellen, also aus Einsatz, Ermittlungen und Verwaltung. Dazu kommen Leute aus Digitalisierung, IT oder der Internen Revision. Je nach Thema auch Recht, Datenschutz oder Controlling. Wichtig ist: Die, die es später anwenden, sind von Anfang an dabei.

PIT: Was konnten Sie schon konkret verbessern?

Thomas Hofmann: Ein paar Dinge

Foto: LPD



konnten wir schon vereinfachen, zum Beispiel beim Belehrungskalender oder bei Urlaubs- und Sonderurlaubsnachweisen. Auch Abläufe zwischen Behörden sind an einigen Stellen schlanker geworden. Ein Beispiel: der Räderwechsel bei Dienstfahrzeugen – da haben wir den Rechnungsprozess deutlich reduziert. Solche Sachen fallen im Alltag sofort auf.

PIT: Warum sind gute Prozesse so wichtig?

Thomas Hofmann: Weil sie den Alltag entweder erleichtern – oder unnötig kompliziert machen. Wenn Abläufe klar sind, spart das Zeit und vermeidet Fehler. Wenn nicht, entstehen Reibungsverluste, und das merkt jeder sofort.

PIT: Wie gut sind die Prozesse aktuell vernetzt?

Thomas Hofmann: Mit VIS Thüringen haben wir eine gute technische Grundlage. Jetzt geht es darum, die Prozesse konsequent darauf auszurichten und alte, papierbasierte Abläufe loszuwerden. Genau daran arbeiten wir gerade.

PIT: Welche Rolle spielt Digitalisierung dabei?

Thomas Hofmann: Eine wichtige – aber nur, wenn sie sinnvoll eingesetzt wird. Systeme helfen, Abläufe transparent zu machen und Informationen verfügbar zu halten. Aber wenn der Prozess dahinter nicht stimmt, bringt auch das beste System nichts.

PIT: Wie klappt die Zusammenarbeit über Bereiche hinweg?

Thomas Hofmann: Am besten dann, wenn man konkret zusammenarbeitet – in Projekten oder Netzwerken. Da lernt man die Perspektiven der anderen kennen. Schwieriger wird es durch Zeitdruck, unterschiedliche Prioritäten oder eingefahrene Abläufe. Das lässt sich aber nur ändern, in-

dem man es immer wieder ausprobiert.

PIT: Was bringen externe Partner?

Thomas Hofmann: Oft einen anderen Blick und zusätzliches Know-how. Gerade bei Schnittstellen zu Staatsanwaltschaften oder Kommunen ist das wichtig. Wenn das gut abgestimmt ist, laufen Prozesse einfach runder.

PIT: Wie messen Sie, ob das funktioniert?

Thomas Hofmann: Zum einen über Zahlen, etwa wie lange etwas dauert oder wie oft nachgearbeitet werden muss. Genauso wichtig ist aber das Feedback aus der Praxis. Am Ende zählt: Wird die Arbeit tatsächlich einfacher?

PIT: Wo soll das Netzwerk in ein paar Jahren stehen?

Thomas Hofmann: Idealerweise ist das kein Projekt mehr, sondern ganz normaler Teil der Arbeit. Dass man Prozesse regelmäßig anschaut, verbessert und anpasst. Und dass die Leute im Alltag wirklich merken: Es läuft einfacher. ■

Das Interview führte Franziska Bauer aus der Pressestelle der LPD

Antrittsbesuch bei der LPI Saalfeld

Lob für Engagement, klare Worte zum Personal, persönlicher Eindruck und direkter Austausch

Innenstaatssekretär Norman Müller hat Anfang des Jahres die Landespolizeiinspektion (LPI) Saalfeld besucht. Der Antrittsbesuch war aus Termingründen mehrfach verschoben worden. „Umso schöner ist es, dass es nun endlich klappt und ich bei Ihnen bin“, sagte Müller vor der versammelten Führungsmannschaft. Für seine Arbeit seien der unmittelbare Eindruck vor Ort und der direkte Austausch mit den Kolleginnen und Kollegen unverzichtbar.

In dem rund zweistündigen Gespräch stellten LPI-Leiter Gregor Zeh sowie die Leiter der Bereiche Inspektionsdienst, Einsatzunterstützung, Polizeiinspektionen und Kriminalpolizeiinspektion ihre Zuständigkeiten und die Besonderheiten der LPI Saalfeld

vor. Ergänzt wurde die Runde durch die Personalratsvorsitzende und die Gleichstellungsbeauftragte. „Wir haben einen der landschaftlich schönsten Schutzbereiche, den die Thüringer Polizei zu bieten hat“, sagte Zeh mit Blick auf die Landkreise Saalfeld-

Rudolstadt, Saale-Orla und Sonneberg. Die Zusammenarbeit sei familiär, die Stimmung gut – eine Einschätzung, die auch von Seiten des Personalrats geteilt wurde.

Personalengpässe im Inspektionsdienst

Gleichzeitig wurden deutliche strukturelle Belastungen angesprochen. Vor allem im Inspektionsdienst fehle es im gehobenen Dienst in einer Größenordnung an Personal, die realistische Nachbesetzungen kaum zulasse. Ziel der Grundversorgung seien

Der Leiter der LPI Saalfeld, Gregor Zeh, im Gespräch mit dem Innenstaatssekretär Norman Müller





Der Leiter der LPI Saalfeld, Gregor Zeh, nimmt Innenstaatssekretär Norman Müller vor seiner Dienststelle herzlich in Empfang

vier Funkstreifenwagen, zwei Beamte in der Leitstelle sowie eine dauerhafte Besetzung der Wache Rudolstadt. „Die Wache Rudolstadt kostet richtig Kraft“, so ID-Leiter Stefan Erbse. Unterstützt werde die Arbeit durch 39 Kontaktbereichsbeamte in 27 Kontaktbereichen, deren Präsenz vor Ort und enge Vernetzung von Bürgermeistern regelmäßig ausdrücklich gelobt werde.

An Arbeit mangelt es im Schutzbereich der LPI Saalfeld generell nicht. Mit dem Rudolstadt-Festival, dem Sonne-Mond-Sterne-Festival und dem Rudolstädter Vogelschießen gibt es drei jährlich wiederkehrende Großveranstaltungen, die über Tage hinweg erhebliche Kräfte binden. Diese Einsatzlagen stellen eine besondere Belastung dar – in dieser Dichte eine landesweite Besonderheit.

Konkrete Zusagen und technische Fortschritte

Innenstaatssekretär Müller nahm die geschilderten Punkte zur Kenntnis

und kündigte an, sie in seine weiteren Bewertungen sowie in Gespräche mit der Landespolizeidirektion einfließen zu lassen. Konkreter wurde er bei einem lange erwarteten Thema: Die Kriminalpolizeiinspektionen sollen zeitnah Internetzugang am Arbeitsplatz erhalten. Die technische Grundlage im Landeskriminalamt sei geschaffen. „Aber solch ein Ausrollprozess geht leider nicht von heute auf morgen. Bitte haben Sie noch etwas Geduld“, sagte Müller. Auch der Wunsch nach zusätzlichen Cyberspezialisten für die Kriminalpolizei sei aufgenommen worden, die entsprechende Ausschreibung laufe bereits. Den Bedarf an moderner Auswertungssoftware, etwa für Fremdsprachen wie Arabisch, nahm er mit.

„Impuls“: Effizienter werden statt größer

Zugleich warb Müller für die angestrebte Polizeistrukturereform „Impuls“. Ziel sei es, die Thüringer Polizei effizienter aufzustellen, um damit am Ende auch mehr Polizistinnen und Polizisten im Streifendienst verfügbar zu haben, eines der Ziele von „Impuls“. Ein nennenswerter Personalaufwuchs sei angesichts der Haushaltslage des Landes in den kommenden Jahren jedoch unwahrscheinlich, machte der Staatssekretär deutlich. Sicher sei hingegen, dass die Aufgaben weiter zunehmen werden. Um diese mit annähernd gleicher Personalstärke bewältigen zu können, müssten Abläufe und Strukturen kritisch hinterfragt werden. Müller rief dazu auf, eigene Vorschläge aktiv in die Gremien einzubringen. Einer pauschalen Zentralisierung erteilte er dabei eine klare Absage: Sie komme nur dort infrage, „wenn sie Gewinne für die Organisation bringt“.

Daniel Baumbach

Innenstaatssekretär Norman Müller besichtigt die Schießanlage



Fotos: TMIKL



Verantwortung wahrnehmen - Radikalisierung erkennen

Warum Sensibilität, klare Haltung und Prävention entscheidend für das Vertrauen in die Bundespolizei sind

Extremistische Tendenzen sind eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung – auch für die Bundespolizei. Umso wichtiger ist ein klarer Umgang damit im eigenen Haus: wachsam, reflektiert und konsequent.

Radikalisierung und Extremismus sind Phänomene, die es überall in der Gesellschaft gibt. Auch die Bundespolizei ist gefordert, sich mit diesen Entwicklungen differenziert und verantwortungsvoll damit auseinanderzusetzen. Wir genießen in der Bevölkerung ein hohes Maß an Vertrauen. Dieses ist Grundlage unserer täglichen Arbeit und zugleich Verpflichtung.

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat dieses Spannungsfeld einmal treffend beschrieben: Polizeibe-

amtinnen und -beamte stehen für den Schutz von Freiheit und Demokratie. Dieses Selbstverständnis prägt auch unser Handeln innerhalb der eigenen Organisation.

Gesellschaftliche Entwicklungen wirken hinein

Die vergangenen Jahre haben gezeigt, wie stark extremistische Gewalt und Ideologien die öffentliche Debatte bestimmen. Denken wir an die Verbrechen des NSU, die Anschläge von Halle und Hanau oder

den Mord an Walter Lübcke. Einzelne Vorfälle innerhalb von Sicherheitsbehörden – etwa in digitalen Kommunikationsräumen oder durch das Verwenden verbotener Symbolik – haben deutlich gemacht, dass sich die deutschen Polizeibehörden aktiv mit dem Thema auseinandersetzen müssen. Nicht pauschal und Generalverdacht, sondern mit Augenmaß und Klarheit.

Klare Haltung nach innen

Für die Bundespolizei gilt unmissver-

ständig: Wer extremistische Positionen vertritt, hat in unseren Reihen keinen Platz. Die freiheitlich-demokratische Grundordnung ist nicht verhandelbar. Sie ist Kern unseres Auftrags. Daraus folgt eine klare Verantwortung für jede und jeden Einzelnen. Wegsehen darf keine Option sein.

Ebenso wenig darf sich ein Klima entwickeln, in dem problematische Einstellungen aus falsch verstandener Kollegialität oder Corpsgeist geduldet werden. Die Bundespolizei hat frühzeitig reagiert, setzt seit Jahren auf gezielte Sensibilisierung. Schulungen und verpflichtende Unterrichtungen ver-

mitteln Wissen über unterschiedliche Formen des Extremismus, ob nun politisch motiviert oder religiös und ideologisch. Diese Bildungsangebote schaffen unseren Kolleginnen und Kollegen Orientierung in ei-

Die freiheitlich-demokratische Grundordnung ist nicht verhandelbar.

ner zunehmend komplexen Welt. Sie helfen ihnen, Entwicklungen früh zu erkennen, sie einzuordnen und entsprechend zu handeln. Prävention ist dabei Teil unserer professionellen Haltung.

Verantwortung endet nicht an der Uniform

Radikalisierung verläuft oft schleichend. Umso wichtiger ist ein wacher Blick: im dienstlichen Umfeld ebenso wie im eigenen Denken. Die Uniform allein schützt nicht vor extremistischen Einflüssen. Entscheidend ist die innere Haltung. Als Angehörige der Bundespolizei tragen wir Verantwortung: für das Vertrauen der Gesellschaft und für die Werte, die wir täglich vertreten. ■

Karsten Täschner
Pressesprecher der Bundespolizei/
Erfurt

Ergänzende Informationen zum Thema aus dem Netz:



Bundesamt für Verfassungsschutz - Lagebericht:
„Rechtsextremisten in Sicherheitsbehörden“



Mediendienst
Integration



BKA: Richtiges
Verhalten bei
Radikalisierung



Thüringen:
Polizeiliche Extre-
mismusprävention



Thüringer Landtag:
Ermittlungs- und Disziplinar-
verfahren gegen Beamtinnen
und Beamte der Polizei
(Schwerpunkt Rechtsextremismus) - Kleine Anfrage
8/216



Foto: LPD

Selbstloser Einsatz auf der A4 bei Kraftsdorf

Thüringer Rettungsmedaille für Martin und Esther Künzel aus Salzgitter

Am 3. Oktober 2025 spielt sich auf der A4 beim Hermsdorfer Kreuz in Ostthüringen eine Szene ab, die Martin Künzel und seine Frau Esther bis heute nicht loslässt. Das Ehepaar aus Salzgitter ist auf dem Weg zu Freunden, als sie plötzlich in ihrer Fahrtrichtung vor sich ein flammendes Inferno sehen. „Das Auto haben wir explodieren sehen, das ist aus einer Feuerwolke rausgestürzt“, erinnert er sich. „Es war wie im Film.“ Sekunden später trifft er eine Entscheidung. Er hält an und hilft.

Gemeinsam mit seiner Frau Esther läuft er zum brennenden Fahrzeug. Andere Menschen stehen zu diesem Zeitpunkt nur unschlüssig in Warnwesten herum, tun nichts. „Dann habe ich die Frau winken sehen in dem Fahrzeug. Nichts wie hin.“ Fahrer und Beifahrerin sind eingeschlossen, schwerstverletzt, ihre Oberkörper brennen. Künzel handelt. Mit einem anderen Helfer zieht er die Frau

durchs Fenster aus dem Auto, versucht die Flammen mit einem Pullover zu ersticken. Seine Frau Esther kümmert sich um die Schwerstverletzte, spricht mit ihr, versucht sie zu beruhigen bis der Rettungsdienst kommt. Martin Künzel will auch den Fahrer retten. Doch für den Mann kommt jede Hilfe zu spät. „An den sind wir nicht mehr herangekommen.“ Als er den Satz sagt, wird sei-

ne Stimme brüchig. Zu sehr nagt es an ihm, dass er da nicht mehr helfen konnte. Der Mann stirbt an der Unfallstelle. Die Beifahrerin erliegt drei

Die Unfallstelle kurz vor dem Hermsdorfer Kreuz



v.l.n.r.: Landrat des Landkreises Greiz, Uli Schäfer, Innenminister Georg Maier, Martin und Esther Künzel

Tage später im Krankenhaus ihren schweren Verletzungen.

Gafferin filmt alles

Die Bilder dieses Einsatzes wirken bei beiden nach. Es sind nicht nur die Flammen, die Hilferufe, der Brandgeruch. Es ist auch das Verhalten einzelner Umstehender. Während die Künzels helfen, filmt und fotografiert eine ältere Frau aus nächster Nähe mit ihrem Smartphone. Es wirkte sogar so, als ob Sie einen Livestream absetzt. „Ich habe sie mehrfach angeschrien. Sie hat nicht aufgehört. Dann habe ich ihr das Handy weggenommen, leider später aber zurückgegeben“, sagt Esther Künzel. Für die Polizei wären

die Aufnahmen ein guter Beweis zumindest für unterlassene Hilfeleistung gewesen. So kann das Ehepaar das unglaubliche Geschehen später nur zu Protokoll geben. Die Smartphone-Frau ist mit dem Eintreffen der ersten Rettungskräfte weitergefahren. Diese Szene beschäftigt das Ehepaar bis heute. „Was geht nur in den Köpfen von manchen Menschen vor“, fragen sie sich.

Für ihren Einsatz sind die Salzgitterer, die beide bei Automobilfirmen arbeiten und nebenberuflich einen Partyservice betreiben, Mitte März in Erfurt mit der Rettungsmedaille des Freistaats Thüringen ausgezeichnet worden. Ursprünglich war die Medaille nur für Martin Künzel vorgesehen gewesen. Als Innenminister Georg Maier aber die Geschichte hört, entscheidet er sich spontan, beide auszuzeichnen. Schließlich hat sich Esther Künzel in der zweiten Reihe

ebenfalls heldenhaft verhalten. Maier würdigte bei der kleinen Feierstunde im Innenministerium insbesondere die Entschlossenheit des Ersthelferpaars: „Das klare Denken in dem Moment, ich muss etwas machen und strukturiert vorgehen, das ist etwas, was leider selten ist. Da bin ich Ihnen sehr dankbar, dass Sie so mutig und couragiert gehandelt haben. Das ist beispielgebend.“

Helferhaltung in Schulen weitergeben

Was bleibt, ist mehr als eine Auszeichnung. Es ist eine Haltung, die sich nicht trainieren lässt, aber entscheidend ist, wenn es darauf ankommt. Künzel selbst formuliert es schlicht: „Geht hin und helft. Das ist das Wichtigste, was ihr machen könnt. Auch wenn ihr einfach nur einen Notruf absetzt.“ In der Schule seiner Tochter versucht er das mittlerweile in Workshops weiterzugeben. Auch zukünftig will er sich in diesem Bereich ehrenamtlich engagieren. Da er früher bei der Jugendfeuerwehr aktiv war, hat er auch einiges Vorwissen.

Die Rettungsmedaille des Freistaats Thüringen wird an Menschen verliehen, die unter Lebensgefahr oder besonders schwierigen Umständen anderen helfen und dabei ein außergewöhnliches Maß an Einsatzbereitschaft zeigen. Martin und Ester Künzel haben genau das getan. ■

Daniel Baumbach

#RespektDenRettern ist eine langjährige Kampagne des TMKL für mehr Respekt gegenüber den Einsatzkräften in Feuerwehr, Rettungsdienst und Polizei aber insbesondere auch für mehr Respekt der Menschen untereinander. Wir brauchen eine wertebasierte Gesellschaft in der gegenseitige Hilfe, Verständnis und Respekt selbstverständlich sind.

Mehr Infos hierzu gibt es hier:



Wenn Blau auf Blau trifft

Wie das THW die Thüringer Polizei unterstützen kann

Bei welchen Einsatzlagen kann uns das Technische Hilfswerk wie genau unterstützen? Diese Frage bekamen Anfang Februar rund 30 Polizeivollzugskräfte beim THW Apolda beantwortet. Spoiler vorweg: Das THW kann in deutlich mehr Situationen helfen, als viele erwarten – und die Kosten für diese Unterstützung lassen sich in der Praxis meist gut handhaben.

Wer an technische Hilfe durch das THW denkt, hat häufig Bilder von hell ausgeleuchteten Einsatzstellen vor Augen, von großen Pumpen mit meterlanger Schlauchleitung, die vollgelaufene Keller leer saugen oder von Generatoren, die Notstrom liefern. Fast wie die Feuerwehr – nur eben nicht in Rot, sondern in Blau-Weiß. Alles drei stimmt. Und die drei Stereotype gehören zu den klassischen Hilfeleistungen der Bundesbehörde, die überwiegend von Ehrenamtlichen getragen wird. Doch die zwölf Ortsverbände des THW in Thüringen können deutlich mehr. Und: Diese Fähigkeiten samt Technik stehen auch der Thüringer Polizei jederzeit zur Verfügung.

Anforderung genügt – dann rollt die Technik

Eine Anforderung durch den Einsatzleiter über die THW-Regionalleitstelle in Erfurt oder die örtliche Rettungsleitstelle reicht, dann setzen sich die Fahrzeuge nach einer Vorlaufzeit in

Bewegung. Wie breit das Unterstützungsspektrum der blauen Helferinnen und Helfer tatsächlich ist, wurde bei einer Informationsveranstaltung im THW-Ortsverband vor den Toren Apoldas deutlich. Polizistinnen und Polizisten aus Dienststellen des Weimarer Landes, Weimar, des Saale-Holzland-Kreises, der Autobahnpolizei und aus Jena staunten nicht schlecht, für welche ganz unterschiedlichen Einsatzlagen das THW herangezogen werden kann. Selbst

der anwesende Staatssekretär für Katastrophenschutz, Andreas Bausewein, zeigte sich überrascht: „Hätte ich nicht gedacht, was da alles möglich ist.“

Der Bevölkerungsschutzstaatssekretär Andreas Bausewein erhält eine technische Einführung



Spannend zu hören, wie das THW der Polizei unter die Arme greifen kann

Fließgeschwindigkeit messen

So wusste kaum jemand der Teilnehmenden, dass das THW Apolda über eine Fachgruppe mit spezieller Messtechnik verfügt, die Fließgeschwindigkeiten von Flüssen exakt bestimmen kann.

„Wenn Teile einer Leiche in die Saale geworfen worden sind, können wir berechnen, wie weit diese in einer bestimmten Zeit abgetrieben sein können“, erklärte Johannes Krey, Beauftragter für Öffentlichkeitsarbeit des Ortsverbands Apolda. Auch bei technischen Ausfällen kann das THW einspringen: Sollte der Hochwasserspiegel des Thüringer Landesamtes für Umwelt, Bergbau und Naturschutz an der Ilm ausfallen, messen die THW-Spezialisten die aktuellen Wasserstände und speisen sie direkt in das System der Thüringer Hochwasserzentrale ein.

25.000 Liter pro Minute – und mehr als nur Technik

Vermutet die Polizei Diebesgut in einem Teich, ist das THW Apolda in der Lage, diesen innerhalb kürzester Zeit leer zu pumpen. Die in der Glockenstadt stationierte Großpumpe schafft beeindruckende 25.000 Liter Wasser – wohlgemerkt pro Minute. „Für vollgelaufene Keller ist das natürlich

deutlich überdimensioniert. Damit bewältigen wir Hochwasserlagen wie Ende 2023 in Nordthüringen“, sagte Florian Klimke, Zugführer eines technischen Einsatzzuges beim THW Apolda.

Technische Hilfe ist dabei nur ein Teil des Portfolios. Auch logistisch kann das THW unterstützen – etwa mit seiner Großküche. Vor einigen Jahren wurden dort rund 400 Bereitschaftspolizisten über längere Zeit versorgt. „Für solche Aufträge brauchen wir aber bitte zwölf Stunden Vorlauf“, erklärte Christoph Hartmann vom THW Apolda. „Dann fahren wir in den Großmarkt, kaufen ein und dann geht’s los. Wenn nur ein Süppchen gewünscht ist, bekommen wir das aber auch schneller hin.“

Von Hochwasser bis CBRN

Die Liste der „passgenauen Einsatzlagen“, in denen das THW technische Unterstützung leisten kann, ist lang. Sie reicht von Extremwetter mit Sturm und Hochwasser über Erdbeben und Bränden, Verpuffungen und Explosionen. Selbst CBRN-Gefahren – also chemische, biologische, radiologische oder nukleare Bedrohungen – sind abgedeckt.

Im Spannungs- oder Verteidigungsfall versorgt die Bundesbehörde mit ihren bundesweit rund 88.000 Kräften die Bevölkerung mit Strom, Zelten und Verpflegung. Wird eine wichtige Brücke zerstört, errichtet das THW eine Behelfsbrücke von bis zu

50 Metern Länge, tragfähig auch für mittelgroße LKW. „Für den Aufbau brauchen wir allerdings mindestens drei Tage“, so Florian Klimke.

Darüber hinaus können die geländegängigen LKW des THW bei Waldbränden Tanklöschfahrzeuge der Feuerwehr betanken oder bei Stromausfällen die Kraftstoff-Notversorgung ausgewählter Tankstellen übernehmen.

Und wer zahlt am Ende?

Eine Frage steht bei jeder Anforderung im Raum: Wer trägt die Kosten eines THW-Einsatzes? Antworten darauf gab Markus Heydick von der Regionalstelle Erfurt. Sein Standardatz: „Wir können auf die Kosten verzichten – müssen es aber nicht.“

Grundsätzlich gilt: Wird das THW von Bundesbehörden wie dem Zoll angefordert, fallen keine Kosten an. Auch bei Naturkatastrophen wie Hochwasser hilft das THW unentgeltlich – der Bund übernimmt. Private Dritte, etwa eine Spedition, deren LKW auf der Autobahn verunglückt ist, erhalten hingegen eine Rechnung.

Bei Landesbehörden wie der Polizei werde jeweils geprüft, was möglich sei. Handelt es sich um eine außergewöhnliche Lage – etwa eine Sprengung –, dann könne der Einsatz als Ausbildung deklariert werden. In diesem Fall werde im Nachgang keine Rechnung gestellt. Unverzichtbar bleibt jedoch: Verbrauchtes Material muss vom Anforderer bezahlt werden. So wurde bei der Versorgung der 400 Bereitschaftspolizisten vor einigen Jahren der reguläre Verpflegungssatz der Thüringer Polizei angesetzt. ■

Daniel Baumbach

Fotos: TMIKL

Der letzte Lauf

Polizeiobermeister Christopher Grotheer beendet seine Karriere mit zwei olympischen Bronzemedailen

Es gibt diese Bilder, die sich fest einprägen: Christopher Grotheer, Kopf voraus auf dem Skeletonschlitten die Bahn hinunterjagend. Hundertstelsekunden, die sich zu Medaillen formen. Bei den Olympischen Winterspielen in Cortina d'Ampezzo wurden es zwei Bronzemedailen – im Einzel und im erstmals olympisch ausgetragenen Mixed-Wettbewerb. Nach mehreren Verletzungen und einer dadurch schwierigen Saison wurde Olympia zum krönenden Abschluss einer außergewöhnlichen Karriere.

Als Christopher Grotheer im Ziel mit seinem Schlitten zum Stehen kommt, ist es still für einen Moment. Kein Jubelsprung. Kein Triumphgebrüll. Nur ein tiefer Atemzug. Dann hebt er den Blick. Bronze im Einzel. Zwei Tage später folgt Bronze im Mixed-Team. Und dann die Nachricht, die viele überrascht: Schluss. Der Skeleton-

Der Abteilungsleiter Polizei, Frank Hüttemann (rechts), lässt es sich nicht nehmen, die Bronzemedaille von Christopher Grotheer „auf ihre Echtheit zu prüfen“ und ja - sie ist echt.



Olympiasieger von Peking tritt ab, beendet seine außergewöhnliche Sportkarriere. „Das war mein letzter Lauf. Das ist mein Karriereende“, sagte er mit tränenerschlackter Stimme in einem TV-Interview, in dem sich Erleichterung, Stolz und Abschiedsmelancholie mischten.

Mit 33 Jahren verlässt einer die große Bühne, der den Skeletonsport in Deutschland über Jahre geprägt hat – und der zugleich ein Gesicht der Thüringer Polizei ist. Polizeiobermeister Grotheer, Mitglied der Sportfördergruppe, hat bei den Winterspielen in Cortina d'Ampezzo noch einmal geliefert. Im Einzelrennen raste er im Cortina Sliding Centre hinter dem Briten Matt Weston und seinem Teamkollegen Axel Jungk auf Rang drei. Nach einer Saison voller Rückschläge, in der er beim Anschlag nicht an seine Bestwerte herankam und stattdessen fehlerfrei steuern musste, wog diese Bronzemedaille für ihn fast so schwer wie das Gold von Peking.



Foto: Viesturs Lacis, Olympische Winterspiele 2022 in Beijing

Im Mixed-Wettbewerb fehlte ihm mit Jacqueline Pfeifer gerade einmal eine Hundertstelsekunde zu Silber, das sich die Teamkollegen Susanne Kreher und Axel Jungk sicherten. Sieger wurden die Briten Tabitha Stoecker und Matt Weston.

Am Anfang hielt er Skeleton für Short Track

Der gebürtige Wernigeröder Grotheer blickt auf eine außergewöhnliche Karriere zurück. Ursprünglich hatte er mit Skispringen begonnen, ehe er 2007 zum Skeleton wechselte, das er – wie er erzählte – als Teenager zunächst mit der Eisschnelllauf-Disziplin Short Track verwechselte.

Im Skeleton, einer selbst im breiten Sportpublikum noch immer wenig bekannten Disziplin, machte er in den Folgejahren eine Bilderbuchkarriere. Bei den Olympischen Winterspielen 2022 in Peking gewann er Gold. Er wurde siebenfacher Weltmeister und sicherte sich einmal den

Gesamtweltcup.

Nach seinem letzten Rennen in Cortina sagte Grotheer: „Ich bin einfach überglücklich. Ich hatte eine tolle Karriere und bin einfach super stolz.“ Und mit Blick auf seine Familie: „Ich bin stolz, dass ich ein olympisches Rennen vor meiner Tochter fahren durfte.“

Der Bronze-Run mit seiner langjährigen Weggefährtin Jacqueline „Jacka“ Pfeifer war die letzte professionelle Schlittenfahrt seines Lebens. Grotheer traf die Entscheidung nach eigenen Angaben einen Tag vor dem Mixed-Rennen – und überraschte damit sogar seine Frau Mary-Ann. „Ich habe mit ‚Jacka‘ zusammen angefangen, jetzt geht’s zu Ende“, sagte er ins Mikrofon der Sportschau.

Vor fast 20 Jahren der erste gemeinsame Run. Jetzt der letzte. So schließt sich der Kreis. Ab jetzt will er nur noch mit seiner dreijährigen Tochter Elsa rodeln gehen – dann allerdings

mit den Füßen voran. In Schleusingen, im Thüringer Wald, wo die Familie lebt, wird er in den nächsten Wintern hoffentlich genügend Gelegenheit dazu bekommen.

Ein Sport für Mutige

Skeleton ist ein Sport für Mutige – kopfüber, mit mehr als 120 km/h, auf Millimeter bedacht. Grotheer hat in all den Jahren nicht nur Linien und Zeiten gemeistert, sondern auch Verantwortung getragen: gegenüber sich selbst, seinem Team, seiner Familie. In Cortina waren Frau Mary-Ann und Tochter Elsa seine größten Fans – und zugleich Beleg dafür, dass hinter einem erfolgreichen Athleten ein Netz aus Unterstützung und Vertrauen steht.

Innenminister Georg Maier war zu Grotheers Finallauf im Einzel nach Cortina gereist und lag ihm nach der Siegerehrung in den Armen. Maier würdigte nicht nur die sportlichen Erfolge, sondern auch die Verbunden-

heit des heutigen Thüringers zur Polizei und zum Land. „Christopher Grotheer hat mal wieder seine Klasse gezeigt. Mit Bronze ist er selbst überaus zufrieden – und ich natürlich auch“, sagte Maier und betonte den Stellenwert der Sportfördergruppe der Thüringer Polizei als wichtigen Baustein für sportliche und berufliche Entwicklung.

Vom Eiskanal in den gehobenen Dienst

Und jetzt: ein neues Kapitel. Grotheer hat angekündigt, seinen Rücktritt vom Leistungssport zu nutzen, um den Aufstieg in den gehobenen Dienst der Thüringer Polizei anzugehen. Erste Gespräche seien bereits geführt. Seine Erfahrung aus dem Hochleistungssport – Belastbarkeit, Konzentration, Zielstrebigkeit – wird er nun in seine Polizeikarriere einbringen.

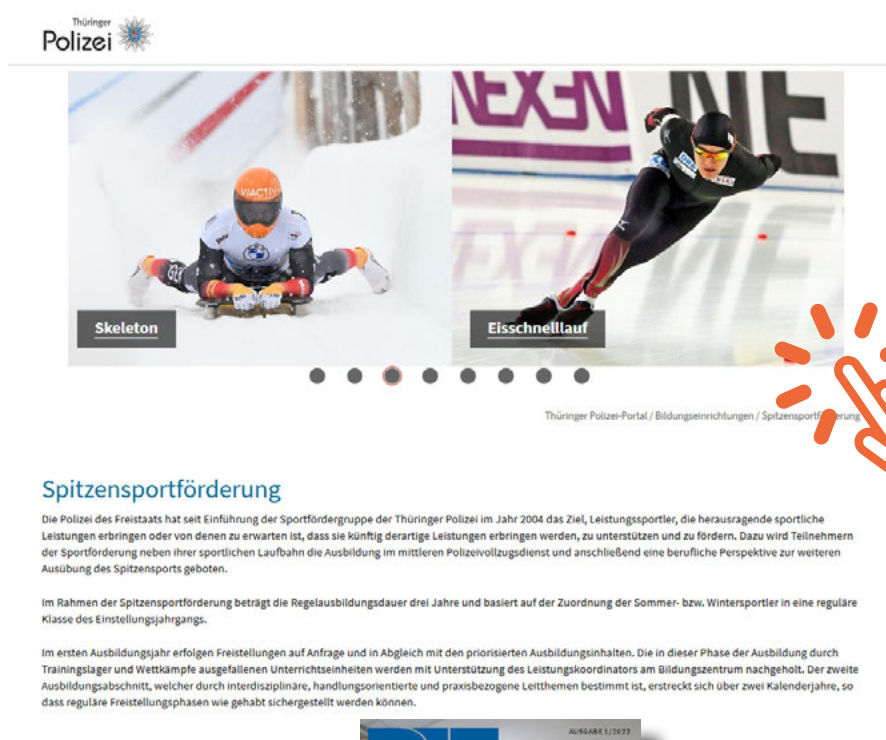
Wenn Grotheer sagt, „man soll aufhören, wenn es am schönsten ist“, dann ist das mehr als eine Floskel. Es ist eine Haltung: sich nicht an Resultate zu klammern, sondern den richtigen Moment zu wählen.

Christopher Grotheer hat den Eiskanal verlassen. Die Spur, die er hinterlässt, bleibt – in Medallenspiegeln, in Erinnerungen und in der Geschichte der Sportförderung der Thüringer Polizei, die schon einige Olympiasieger, Welt- und Europameister hervorgebracht hat. ■

Daniel Baumbach



v.l.n.r. Abteilungsleiter Polizei, Frank Hüttemann, Einsschnellläufer Felix Maly, Christopher Grotheer, Stv. Abteilungsleiter Michael Menzel



Spitzensportförderung

Die Polizei des Freistaats hat seit Einführung der Sportfördergruppe der Thüringer Polizei im Jahr 2004 das Ziel, Leistungssportler, die herausragende sportliche Leistungen erbringen oder von denen zu erwarten ist, dass sie künftig derartige Leistungen erbringen werden, zu unterstützen und zu fördern. Dazu wird Teilnehmern der Sportförderung neben ihrer sportlichen Laufbahn die Ausbildung im mittleren Polizeivollzugsdienst und anschließend eine berufliche Perspektive zur weiteren Ausübung des Spitzensports geboten.

Im Rahmen der Spitzensportförderung beträgt die Regelausbildungsdauer drei Jahre und basiert auf der Zuordnung der Sommer- bzw. Wintersportler in eine reguläre Klasse des Einstellungsjahrgangs.

Im ersten Ausbildungsjahr erfolgen Freistellungen auf Anfrage und in Abgleich mit den priorisierten Ausbildungsinhalten. Die in dieser Phase der Ausbildung durch Trainingslager und Wettkämpfe ausgefallenen Unterrichtseinheiten werden mit Unterstützung des Leistungskoordinators am Bildungszentrum nachgeholt. Der zweite Ausbildungsabschnitt, welcher durch interdisziplinäre, handlungsorientierte und praxisbezogene Leitthemen bestimmt ist, erstreckt sich über zwei Kalenderjahre, so dass reguläre Freistellungsphasen wie gehabt sichergestellt werden können.



PIT -Ausgabe 1/2022



Mit Bus, Bahn und Musik gegen Betrug

„Sicherheit im Alter“ - Thüringer Polizei setzt auf neue Wege der Seniorenprävention

Straßenbahn, Konzertsaal und persönliche Ansprache: Mit neuen Projekten stärkt die Thüringer Polizei gezielt den Schutz älterer Menschen. Im Fokus steht vor allem die Aufklärung über Betrugsmaschen.

Die Sicherheit von Senioren spielt in Thüringen eine wichtige Rolle. Der Thüringer Landesregierung ist dieses Thema sogar von solcher Bedeutung, dass sie es in ihren Koalitionsvertrag aufgenommen hat.

Hier heißt es: „Wir stärken den Schutz älterer Menschen in Thüringen. Mit einer Kommission „Sicherheit im Alter“ entwickeln wir Maßnahmen, um Senioren vor Betrug, Einbrüchen und Diebstählen zu schützen und ihr Sicherheitsgefühl zu erhöhen.“

Die Kommission setzt sich aus Vertretern des Landespräventionsrates, des Landesseniorenrates, der Thüringer Polizei und des Programms AGATHE zusammen. Ziel der Kommission ist es, Präventionsstrategien zu entwickeln und Präventionsbotschaften zu überbringen, um die Lebensqualität älterer Menschen zu erhöhen und ihre Selbständigkeit zu fördern.

Die Thüringer Polizei arbeitet dabei maßgeblich bei zwei Projekten mit.

Das erste Projekt ist seit Dezember 2025 in Erfurt unübersehbar. Ein Linienbus und eine Straßenbahn der Landeshauptstadt wurden großflächig mit Präventionsbotschaften zum Thema Telefontrickbetrug beklebt. Für die nächsten drei Jahre sollen die auffällig gestalteten öffentlichen Verkehrsmittel auf verschiedenen Strecken vor allem ältere Menschen ansprechen und warnen.

Am 23. Februar 2026 stellte die Thüringer Polizei die Straßenbahn der



Den Weg vom Erfurter Domplatz zur Endhaltestelle Bindersleben wurde musikalisch vom Polizeiorchester begleitet

*Foto unten:
Seniorenkonzert in Bad Blankenburg*

cher, Postkarten und Lesezeichen verteilt. Dies in der Hoffnung, dass sich die Senioren und Seniorinnen im Fall der Fälle an die polizeiliche Botschaft erinnern: **Ich lege auf!**

Ein weiteres Herzensprojekt der Thüringer Polizei stellt die Konzertreihe „Mit Sicherheit Musik“ in Kooperation mit dem Polizeiorchester Thüringen dar. Diese richtet sich vor allem an ältere Menschen und ihre Unterstützer im Alltag.

Am 10. Februar 2026 fand die erfolgreiche Auftaktveranstaltung in der Landessportschule in Bad Blankenburg mit etwa 200 interessierten Gästen statt. Das Konzert des Polizeiorchesters bot Musikstücke aus verschiedenen Jahrzehnten, sodass jeder auf seine Kosten kam. Umrahmt war die Veranstaltung von einem „Markt der Möglichkeiten“, welcher zahlreiche Unterstützungsangebote für Seniorinnen und Senioren bot. Zwischen den Musikstücken ergriff nicht nur der Staatssekretär für

Inneres und zgl. Leiter der Kommission, Herr Norman Müller, das Wort, sondern auch Vertreter des Thüringer Landtags und des Landesseniorenrates.

Mit Polizeihauptkommissar Paul Werdin, der im Einsatz- und Streifendienst der Polizeiinspektion Weimar tätig ist, hat die Konzertreihe einen weiteren wichtigen Partner gewonnen. Anhand eines abgespielten Schockanrufs verdeutlichte er während des Konzerts, wie man sich im Ernstfall am Telefon richtig verhält. Die Unterstützung von älteren Mitmenschen liegt Paul Werdin besonders am Herzen. Für seine rege ehrenamtliche Unterstützung des Projekts - „Ältere Menschen stärken – gemeinsam aktiv“ erhielt er eine Auszeichnung bei der feierlichen Preisverleihung „Sterne des Sports“.

Die Konzertreihe „Mit Sicherheit Musik“ unterhält Seniorinnen und Senioren nicht nur musikalisch, sondern stärkt sie im Umgang mit Betrügern und zeigt ihnen verschiedenste Informations- und Unterstützungsangebote auf. Musik verbindet Menschen, schafft Vertrauen und macht so die Thüringer Polizei nahbarer.

Für dieses Jahr sind weitere sieben kostenlose Konzerte für Seniorinnen und Senioren geplant:

- 07. Mai 2026 Kölleda (indoor – Anmeldung notwendig),
- 20. Mai 2026 Camburg (indoor – Anmeldung notwendig),
- 18. Juni 2026 Hildburghausen (outdoor - Marktplatz),
- 23. Juni 2026 Ilmenau (outdoor - hinter der Festhalle),
- 18. August 2026 Bad Tennstedt,
- September 2026 Kyffhäuserkreis,
- Oktober 2026 Saale-Orla-Kreis. ■

Julia Neumann
aus der Pressestelle der LPD



Thüringer Polizei setzt erstmals auf VR-Erlebnis

Großer Andrang und viel Interesse auf der Thüringen Ausstellung 2026

Premiere am Messestand: Mit einer VR-Brille ließ die Thüringer Polizei Besucher erstmals in den Einsatzalltag eintauchen. Das neue Angebot zog viele Neugierige an – und wurde zum Publikumsmagneten.

Mit einem neuen Highlight hat die Thüringer Polizei bei der Thüringen Ausstellung 2026 in Erfurt für Aufsehen gesorgt: Erstmals kam eine VR-Brille zum Einsatz. Besucher konnten damit in die Rolle eines SEK-Beamten schlüpfen und virtuell erleben, wie es ist, sich aus einem Polizeihubschrauber abzuseilen. Das Angebot stieß auf großes Interesse – zeitweise bildeten sich lange Warteschlangen.

Auch darüber hinaus bot der Messestand vom 28. Februar bis 8. März ein breites Programm. Besonders gefragt waren die Vorführungen der Polizeihunde, die mit großer Präzision Brandmittel, Drogen und Bargeld aufspürten. Viele Angebote luden auch zum Mitmachen ein: Besucher konnten auf einem Polizeimotorrad Platz nehmen, ihre Fitness bei einer Liegestütz-Challenge testen oder

Ein ganz besonderes Erlebnis und Besuchermagnet - VR-Brillen bei der Thüringer Polizei. Polizeisprecherin Julia Kohl präsentierte digitale Ausbildungsszenarien.



Ausrüstung und moderne Funktechnik ausprobieren. Die Polizeidrohne zog ebenfalls Aufmerksamkeit auf sich, während die Drohnenführer Einblicke in ihre Einsatzmöglichkeiten gaben.

Ein wichtiger Schwerpunkt war die Nachwuchsgewinnung. Einstellungsberaterinnen und -berater informierten über Ausbildung, Studium und Karrierewege. Viele Gespräche drehten sich um konkrete Einstiegsmöglichkeiten bei der Polizei. Großen Zuspruch fanden auch die polizeilichen Beratungsstellen. Sie gaben Hinweise zum Einbruchschutz, klärten über Betrugsmaschen auf und beantworteten Fragen zur persönlichen Sicherheit.

Für zusätzliche Einblicke sorgten Präsentationen des Landeskriminalamtes Thüringen und der Bereitschaftspolizei. Das Polizeiorchester begleitete das Messageschehen an mehreren Tagen musikalisch. Besonderes Interesse weckte zudem ein

Es wurde viel gefragt in der Woche rund um das Thema Polizei. Innenminister Georg Maier besuchte den Messestand der Thüringer Polizei und war gleich mittendrin im Geschehen

Die Drohnentechnik kann sich sehen lassen. So mancher Besucher bzw. Besucherin war erstaunt von der modernen Ausstattung





Mit viel Interesse lauschten die Jugendlichen den Angeboten der Polizei. Und ein bisschen Sport war auch noch drin.

Upcycling gibt es auch bei der Polizei. Warum nicht? Auch sollte Nachhaltigkeit eine Rolle spielen. Recyclingprodukte einer Schulklasse aus Neusitz

Besuch aus Neusitz: Eine Schulklasse stellte im Rahmen eines Upcycling-Projekts Produkte aus alten Uniformteilen vor. Die kreativen Einzelstücke waren stark nachgefragt.

Am Ende ziehen die Standverantwortlichen ein klares Fazit:

Der Auftritt hat sich wiederum gelohnt. Die Thüringer Polizei präsentierte sich bei Thüringens größter Verbraucherschau als moderner Arbeitgeber und gab zugleich einen offenen Einblick in ihre Arbeit. Viele Besucher nutzten die Gelegenheit zum Gespräch – und gingen mit einem konkreteren Bild vom Polizeiberuf nach Hause. ■

Franziska Bauer
aus der Pressestelle der LPD



Gänsehaut im Landeskriminalamt

Thriller trifft Realität – Krimiabend im Landeskriminalamt

Wenn Menschen über die Liegenschaft in der Kranichfelder Straße 1 strömen – und das aufgeregte Flüstern durch hunderte Stühle rauscht. Dann ist es Zeit für die Krimibuchlesung. Diese Abende im Landeskriminalamt Thüringen haben traditionell immer eine ganz besondere Atmosphäre. Denn die Besucher sitzen nicht – wie bei solchen Veranstaltungen üblich – in einem gemütlichen Literaturcafé zwischen Kaffeetasen und Bücherstapeln, sondern an dem Ort, an dem reale Verbrechen behandelt werden, keine fiktiven. Und genau hier traf Anfang Februar Literatur auf Wirklichkeit und Neugier auf echtes Gänsehautgefühl.

„Wie lässt sich das eigene Leben besser vergessen, als wenn man in fremden Häusern lebt?“ Diese Frage fasst den Inhalt des Hauptdarstellers der Krimibuchlesung kurz und knackig zusammen. Der Hauptdarsteller: Das ist „Die Housesitterin“. Emily Rudolfs mittlerweile dritter Roman – und zum Zeitpunkt der Lesung druckfrisch.

Während die Besucher nach und nach Plätze suchten, noch ein Getränk kauften oder am Büchertisch die EC-Karte glühen ließen, lief auf

der neuen LED-Leinwand der YouTube-Film von Rick Zabel mit dem SEK Thüringen. Hochauflösend wurde noch einmal gezeigt, welche Leistungen die Kolleginnen und Kollegen der Spezialeinheiten abrufen können – und wie wichtig Team und Zusammenhalt in so einer hochfunktionalen Einheit ist.

Bevor es aber mit der eigentlichen Lesung losging, durfte der damalige Vizepräsident Kriminalitätsbekämpfung Heiko Schmidt als Hausherr die Veranstaltung eröffnen. Er nutzt die

Gelegenheit, um Einblicke in die Arbeit des TLKA zu geben: organisierte Kriminalität, Cybercrime, Wirtschaftsstraftaten, Staatsschutz. Und vor allem der derzeitige Fokus auf die Verhinderung schwerer Anschläge. Seine Worte machten deutlich, wie viel Verantwortung hier täglich getragen wird.

Vor diesem Hintergrund bekam Rudolfs Lesung eine zusätzliche Tiefe. Ihre Worte wirkten anders, denn die Zuhörer wussten, dass nur wenige Meter entfernt Menschen arbeiten,





die die Verbrechen aufklären, die sie sich ausdenkt.

Emily Rudolf war aber nicht allein auf der Bühne. An ihrer Seite saß Tabitha

nismen hinter der Spannung. Dabei wurde deutlich, wie strukturiert Emily Rudolf arbeitet. Sie schreibt chronologisch, von Anfang bis Ende. Und bevor eine Figur überhaupt handeln



Draper, Mitarbeiterin der Buchhandlung Peterknecht und die Moderatorin des Abends. Abwechselnd las Emily Rudolf Passagen aus ihrem Buch – und stand danach Tabitha Draper Rede und Antwort. Ihre Fragen öffneten immer wieder neue Türen: zum Entstehungsprozess, zu den Figuren, zu den inneren Mecha-

darf, muss sie einen umfangreichen Fragebogen „ausfüllen“. Mit Ängsten, Vorlieben, Erinnerungen, Schwächen. So entstehen keine bloßen Rollen, sondern Menschen mit Geschichte. „Das liebe ich. Ich liebe es, verschiedene Perspektiven einzunehmen“, erklärte Rudolf. Genau darin liegt der Reiz ihrer Romane. Nie-

mand besitzt die ganze Wahrheit. Jede Figur sieht nur einen, nur ihren, Ausschnitt. Der Leser erfährt erst nach und nach, welche Wahrheit die richtige ist.

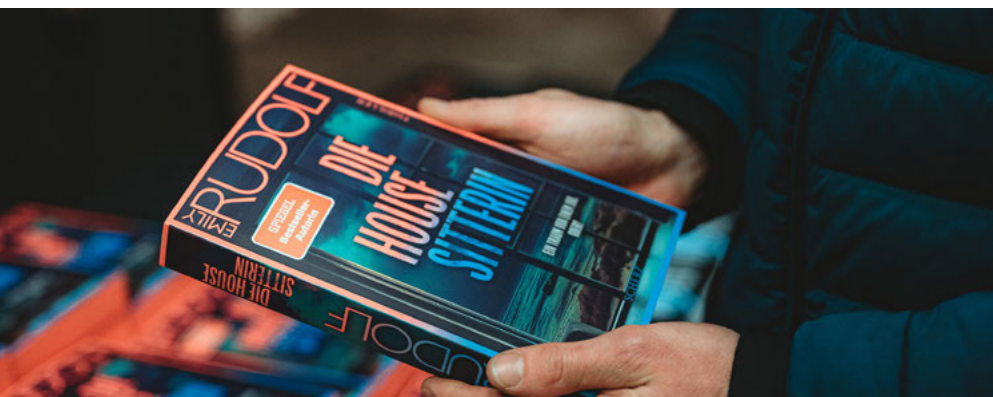
Die Textpassagen selbst sind fesselnd. Emily Rudolf ist gelernte Sprecherin – und weiß es, ihre Stimme einzusetzen, um das Publikum in ihren Bann zu ziehen. Mit leiser Stimme beschreibt sie Zimmer und Gegenstände, nur um danach lachend und lebendig als „Housesitterin Cäcilia“ zu sprechen. Es ist fast, als würden die Besucher einem Hörspiel lauschen und nicht nur einer Lesung. Aus ihren Worten entstanden sofort Bilder: stille Flure, fremde Schlafzimmer, Schubladen, die besser verschlossen geblieben wären. „Wo bewahren wir unsere Geheimnisse auf? Zu Hause!“, sagte sie. Und einige Besucher blicken ertappt zur Seite.

Zum Abschluss gab es zwei Hinweise, die hängen blieben. Man könne das Buch im Dunkeln lesen, solle dabei aber besser nicht allein sein. Und: Nach dem Ende unbedingt den Prolog noch einmal lesen. Dann bekomme alles eine neue Bedeutung.

Nach der Lesung brandete tosender Applaus in der ausverkauften Mensa auf. Die begeisterten Besucher strömten nach draußen. Viele hielten vorher noch am Stehtisch vor dem Ausgang an, um sich ihre neuen Bücherschätze signieren zu lassen.

Und vielleicht war das die wichtigste Erkenntnis dieses Abends: Nicht die fremden Häuser sind das Gefährlichste. Sondern die Geheimnisse, die wir darin verstecken. ■

Katharina Arnold



Großeinsatz zum AfD-Bundesparteitag in Erfurt vorbereitet

Für den Bundesparteitag der AfD am 4. und 5. Juli in Erfurt bereitet sich die Thüringer Polizei auf einen der größten Einsätze der vergangenen Jahre vor. Es wird mit einem Kräfteansatz von mehreren tausend Beamtinnen und Beamten gerechnet. Die Einsatzleitung liegt bei der Landespolizeidirektion. Seit Wochen laufen umfangreiche Vorbereitungen, unter anderem in enger Abstimmung mit anderen Bundesländern, der Stadt Erfurt und weiteren Partnern. Parallel wird mit zahlreichen Gegenversammlungen gerechnet. Aktuell liegen mehrere Anmeldungen vor, insgesamt könnten sich mehrere zehntausend Menschen beteiligen.

Zusätzliche Veranstaltungen in Thüringen am selben Wochenende erhöhen die Anforderungen an die Einsatzplanung. Die Polizei geht daher von einem komplexen Lagebild aus und rechnet mit Einsatzkosten in Millionenhöhe.

Verantwortung für Interne Ermittlungen im LKA gebündelt

Die internen Ermittlungen der Thüringer Polizei sind neu organisiert. Die bisherige Einheit in der Landespolizeidirektion wurde aufgelöst, ihre Aufgaben werden seit Anfang des Jahres im Landeskriminalamt Thüringen wahrgenommen. Dort arbeitet nun die neue Ermittlungsgruppe „Amtsdelikte“, welche im Dezernat 63 „Wirtschaftskriminalität“ angesiedelt ist. Ziel der Neuordnung ist es, insbesondere kriminalistische Kompetenz sowie aufsichtliche Verantwortung zu bündeln und klare Zuständigkeiten zu schaffen. Innenminister Georg Maier betonte, dass die Entscheidung fachlich begründet sei und die Qualität der Ermittlungen stärken solle.

Die Ermittlungen erfolgen weiterhin unabhängig nach den Regeln der Strafprozessordnung. Die Neustrukturierung soll dazu beitragen, Professionalität und Rechtssicherheit zu erhöhen sowie die Akzeptanz interner Ermittlungen innerhalb und außerhalb der Polizei zu stärken.

261 Abgänge bei der Thüringer Polizei im Jahr 2025

Im Jahr 2025 haben insgesamt 261 Beschäftigte die Thüringer Polizei verlassen. Der mit Abstand häufigste Grund war der Eintritt in den Ruhestand. Rund drei Viertel aller Abgänge entfallen auf diese Kategorie. Daneben gab es auch Wechsel zu anderen Dienstherren sowie Entlassungen, etwa auf eigenen Antrag.

Auffällig ist dabei ein leichter Anstieg bei Tarifbeschäftigten und Verwaltungsbeamten, die sich beruflich neu orientieren. Bei Polizeivollzugsbeamten bleibt die Zahl der Abgänge dagegen stabil. Im Vergleich zu den vergangenen fünf Jahren zeigt sich insgesamt keine grundlegende Veränderung. Die Zahl der Abgänge bewegt sich weiterhin auf einem ähnlichen Niveau.

Mercedes Benz Vito für die Autobahnpolizei

Die Thüringer Autobahnpolizei hat seit Anfang des Jahres erstmals Vitos von Mercedes Benz im Einsatz. Innenminister Georg Maier hat die zehn neu beschafften Mehrzweckfahrzeuge sowie 18 neue Audi A6 offiziell in Dienst gestellt. Die Transporter und die PKW werden künftig im Streifen- und Einsatzdienst eingesetzt und ersetzen die bestehende Fahrzeugflotte, die zirka alle fünf Jahre erneuert werden muss. Denn ein Dienstwagen bei der Autobahnpolizei wird in einer Schicht mehrere Hundert Kilometer bewegt.



Besonders für die Flotte sind die Vito, die in einer anderen Version schon länger bei den LPlen im Einsatz sind. „Durch ihr großes Platzangebot verbessern die neuen Fahrzeuge die Arbeitsbedingungen der Autobahnpolizei spürbar. Zugleich erhöhen sie die Sicherheit im Einsatz“, sagte Innenminister Maier. „Gerade auf Autobahnen sind Übersicht, Platz und technische Ausstattung entscheidend.“

Die innovativste Neuerung im MB Vito ist der deutlich größer dimensionierte Anhalte- und Informationssignalgeber am Fahrzeugheck. Dieser lässt die Schrifttexte und Zeichen bereits auf weite Distanzen erkennen. Das dient nicht nur der Verkehrssicherheit allgemein, sondern vereinfacht auch die anspruchsvolle und gefährliche Arbeit der Polizeibeamten auf der Autobahn. Darüber ist der Innenraum deutlich geräumiger als ein normaler PKW. Es besteht jetzt die Möglichkeit, Schreibarbeiten an einem Klapptisch im Fahrzeugfond zu erledigen. Diese Ausstattung ist im Audi A6 Avant, der weiterhin auch Einsatz ist, bauartbedingt nicht gegeben.

Polizei-Online-Wache wird immer stärker genutzt

Die Online-Wache der Thüringer Polizei hat sich zum wichtigen digitalen Zugang entwickelt. 2025 gingen über das Portal 20.817 Anzeigen und Mitteilungen ein, rund 1.500 mehr als im Vorjahr. Seit Juli 2021 ist die Online-Wache rund um die Uhr erreichbar. Sie ermöglicht es, bestimmte Straftaten, Hinweise oder Mitteilungen direkt über das Internet an die Polizei zu übermitteln. Innenminister Georg Maier: „Die Online-Wache erleichtert den Kontakt zur Polizei erheblich. Viele Anliegen können schnell und unkompliziert digital gemeldet werden – unabhängig von Öffnungszeiten oder dem Weg zur Dienststelle. Die hohen Zahlen zeigen, dass die Online-Wache einen echten Mehrwert für Bürgerinnen und Bürger bietet.“



Der überwiegende Teil der 2025 übermittelten Vorgänge betrifft Straftaten. 18.214 Strafanzeigen wurden über die Online-Wache registriert. Besonders häufig meldeten Bürgerinnen und Bürger Betrugsdelikte (7.174 Fälle), Diebstähle (3.255 Fälle) sowie Sachbeschädigungen (1.745 Fälle). Weitere Anzeigen betrafen Beleidigungen, Bedrohungen oder Nötigungen. Darüber hinaus gingen 262 Anzeigen wegen Ordnungswidrigkeiten ein, etwa wegen Lärmbelästigung oder Verkehrsverstößen.

Ein wichtiger Bestandteil der Online-Anzeige ist die Möglichkeit, Dateien wie Fotos oder Dokumente direkt hochzuladen. Rund 70 Prozent der Meldungen enthalten Anhänge, im Durchschnitt etwa drei Dateien pro Vorgang. Diese Funktion erleichtert die Sachverhaltsaufklärung und hat sich in der Praxis bewährt. Die digitale Anzeigeerstattung soll weiter ausgebaut werden. Für dieses Jahr ist geplant, ein neues Formular zur Meldung von Korruptions- und Amtsdelikten einzuführen sowie die digitale Stellung von Strafanträgen zu verbessern. Eine umfassende Evaluierung der Online-Wache ist für 2027 vorgesehen.

Großes Interesse am Polizeijob

Die Bewerberlage für das Einstellungsjahr bei der Polizei sieht sehr gut aus. Bis Ende März haben sich 2475 junge Frauen und Männer für Ausbildung und Studium beworben. Obwohl das Verfahren noch läuft, sind das schon über 270 mehr als im gesamten Bewerbungszeitraum 2025. Insgesamt wurden bereits 300 Zusagen verschickt, 235 Bestätigungen kamen zurück. Innenminister Maier zeigt sich zuversichtlich, dass so die avisierte Zahl von 360 Neueinstellungen bei der Thüringer Polizei zu schaffen ist. „Wir haben es aber nicht gänzlich in der Hand“, sagte er. „Denn leider entscheiden sich die jungen Menschen oftmals nochmal um, da sie sich auch anderenorts bewerben.“

Polizeivertrauensstelle gut nachgefragt

Die Polizeivertrauensstelle (PVS) der Thüringer Polizei hat ihre Bilanz für die Jahre 2024/25 vorgelegt. Die aktuellen Zahlen zeigen: Das Interesse an der Arbeit der Stelle bleibt hoch, die Entwicklung der Eingänge schwankt jedoch im Vergleich der vergangenen Jahre. 511 Anliegen gingen im zweijährigen Berichtszeitraum ein. Darunter waren 300 Beschwerden sowie 211 sonstige Anliegen, etwa Beratungs- und Informationsanfragen. Damit bestätigt sich der Trend, dass die Vertrauensstelle nicht nur als Beschwerdeinstanz, sondern zunehmend auch als Anlaufstelle für allgemeine Anliegen genutzt wird.



Nach einem Höchststand im Jahr 2024 mit 298 Eingängen sank die Zahl im Jahr 2025 auf 213. Im Vergleich dazu lagen die Werte in den Jahren 2023 bei 226 und 2022 bei 282 Anliegen. Insgesamt bewegt sich das Aufkommen damit weiterhin auf einem stabilen Niveau mit jährlichen Schwankungen. Von den 300 Beschwerden wurden 215 als unbegründet eingestuft, 54 als teilweise begründet und 16 als begründet. In 15 Fällen steht die abschließende Bewertung noch aus. Im Zuge der Beschwerdebearbeitung wurden in 48 Fällen strafrechtliche Ermittlungen gegen Polizeibedienstete eingeleitet. Die Polizeivertrauensstelle arbeitet unabhängig und nimmt Hinweise, Beschwerden und Anregungen aus der Bevölkerung auf. Sie prüft die Anliegen und leitet sie an die zuständigen Stellen weiter.

Zukunftstage der Landespolizeiinspektion Gera

Wie fühlt sich Polizeiarbeit im Alltag wirklich an und was muss sich ändern? Diese Fragen standen im Mittelpunkt der Zukunftstage der Landespolizeiinspektion Gera im November 2025. Kolleginnen und Kollegen aus verschiedenen Dienststellen kamen zusammen, um ihre Erfahrungen auszutauschen.

Am ersten Tag ging es um das, was den Dienst täglich prägt. Ausstattung, Organisation, Fortbildung, Technik, Gebäude und Zusammenarbeit. Vieles läuft bereits gut, etwa neue Diensthandys, moderne Einsatzmittel oder der kollegiale Umgang in den Dienststellen. Gleichzeitig wurde deutlich, wo es noch hakt. Bei der internen Kommunikation, bei Software und Technik oder bei organisatorischen Abläufen.

Die Diskussion blieb nicht bei Problemen stehen. Die Teilnehmenden entwickelten direkt Vorschläge. Bessere Informationsformate, einheitlichere IT-Strukturen, klarere Abläufe und planbare Fortbildungen. Auch regelmäßige Dienststellenbesuche oder neue Austauschformate wurden angeregt. Viele Ideen zielen darauf, den Arbeitsalltag spürbar zu erleichtern.

Der zweite Tag stand im Zeichen von Karrierewegen für Frauen in der Polizei. In offenen Gesprächen wurden Hemmnisse benannt. Etwa die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Unsicherheiten über spätere Verwendungen oder organisatorische Hürden während einer Weiterbildung. Gleichzeitig wurde deutlich, dass großes Interesse an Entwicklungsmöglichkeiten besteht.

Informationen aus dem Parlament

Der Landtag fragt - wir antworten

Das Thüringer Ministerium für Inneres, Kommunales und Landesentwicklung beantwortet die meisten parlamentarischen Anfragen, oft zu Themen aus dem Bereich der Thüringer Polizei. Diese werden mit viel Aufwand von den Dienststellen und Fachbereichen vorbereitet. Hier sind einige dieser Anfragen und die Antworten darauf verlinkt.

Kleine Anfrage Drs. 8/1454

Distanzelektroimpulsgeräte beziehungsweise Elektroschockwaffen (Taser) bei der Thüringer Polizei im Jahr 2024



Kleine Anfrage Drs. 8/1703

Distanz-Elektroimpulsgeräte bei der Thüringer Polizei und im Justizvollzug – Teil I: Einsatzbewertung, Erfahrungen und rechtliche Rahmenbedingungen im polizeilichen Einsatz



Kleine Anfrage Drs. 8/1706

Distanz-Elektroimpulsgeräte bei der Thüringer Polizei und im Justizvollzug – Teil II: Einsatzpotenzial im Justizvollzug und sicherheitsrelevante Erwägungen



Kleine Anfrage Drs. 8/2402

Verkehrsunfälle mit Dienstfahrzeugen der Thüringer Polizei in den Jahren 2023 und 2024



Kleine Anfrage Drs. 8/2397

Einsatz von Pfefferspray und anderen Reizstoffen durch die Thüringer Polizei - Teil 1



Kleine Anfrage Drs. 8/2276

Einsatz von Pfefferspray und anderen Reizstoffen durch die Thüringer Polizei - Teil 2



Herausgeber:

Thüringer Ministerium für Inneres, Kommunales
und Landesentwicklung
Referat Öffentlichkeitsarbeit

Tel.: 0361 573313 125
Steigerstr. 24
99096 Erfurt

Satz und Layout: Carsten Ludwig
presse@tmikl.thueringen.de